

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags (täglich) (1926)

Der Judaslohn.

Selten ist Empörenderes, Aufreizenderes geschehen, als es das Tauschgeschäft zwischen Zöllen und Kongrua ist. Der schäbigste Börsenjobber ist ein Waisenknabe gegen unsere von christlicher Gesinnung und Nächstenliebe irrenden Merikalen. Von den Kanzeln lehren sie, nicht nach Schätzen Sehnsucht zu tragen, die „von Rost und Rotten gefressen“ werden, aber sie scheuen nicht davor zurück, einen im tiefsten Grunde unmoralischen Handel zu schließen, aus dem den wohlgenährten Dienern der Kirche rund zweihundert Millionen Kronen als Neblohn zufallen. Die Merikalen sagen, den Geistlichen gehe es schlecht, viele leiden sogar. Wäre das wahr, so würde die Kirche damit nur ihre eigene Schmach enthüllen, denn es steht doch nichts im Wege, daß zwischen dem riesigen Einkommen der Kirchenfürsten und den Bezügen der kleinen Geistlichen eine Ausgleichung erfolge und längst schon hätte erfolgen können. Niemand hätte auch das Geringste dagegen einzuwenden, wenn die Religionsgenossenschaften ihre Angestellten in jeder nur beliebigen Höhe entschuldigen würden. Das wäre alleinige Sache der betreffenden Mönche. Aber die Kirche greift nach dem Staatsgut und die Merikalen haben zu diesem Zwecke ein Handelsgeschäft abgeschlossen, das auf der höchsten Höhe eines ostgalizischen Vierdehändlers steht. Die Agrarier geben den Merikalen die Kongruaerhöhung; das ist der Judaslohn, um den diese das christlich gläubige Volk, das sie zu vertreten behaupten, an die großgrundbesitzenden Buderer ausliefern. Damit es den Pfaffen und ihren Köchinnen noch besser ergehe, helfen die Schwarzen die Not der Kerkern der Armen vergrößern. Das ist in der Praxis das von den Merikalen gepredigte „christliche Sittengesetz“!

Zu der Infamie, die in diesem verruchten Schacher gelegen ist, gesellen die Merikalen auch die Heuchelei. Sie stellen sich unzufrieden mit dem was sie mit der Kongruaerhöhung den Steuerträger abknöpfen und behaupten, es sei immer noch viel zu wenig. Sie suchen damit Stimmung für weitere, künftige Schröpfungen zu machen — wann hätte der gute Magen der Kirche je genug! — und sie möchten den Eindruck erwecken, als geschähe ihnen sogar Unrecht! Tatsächlich wird der Unterschied zwischen den bisher gezahlten und den gestern vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Bezügen derart groß sein, daß das höchste Einkommen, auf das bis jetzt ein Geistlicher nach langjähriger Amtszeit Anspruch hatte, sich ungefähr dem Einkommen gleichstellt, das von nun an — und zwar rückwirkend vom 1. Jänner 1926! — ein Hilfsgeistlicher schon bei seinem Amtsantritt beziehen wird! Welche Beamten- oder gar Arbeiterkategorie hat jemals eine auch nur annähernde so hohe Aufbesserung ihrer Bezüge erhalten, wie sie hier den Entfagung predigenden Geistlichen gegeben wird! Der Staatshaushalt steht im Zeichen des Sparsens. Das heißt, an den Arbeitslosen, den Kurzarbeitern, den Kriegsinvaliden wird gespart, die staatlichen Angestellten und Arbeiter werden vielfach mit einem Bittel abgefunden — den Pfaffen aber wird mit vollen Händen gegeben. Deren christliches Gemüt fühlt sich nicht im geringsten durch die erschütternde Tatsache beschwert und belästigt, daß sie ihr höheres Einkommen der von ihnen selbst herbeigeführten Verelendung der Armen zu danken haben werden. Dabei braucht auch schon bisher kein einziger von ihnen Not zu leiden, er braucht um seine Existenz nicht zu zittern und über Arbeitsüberbürdung hatte ebenfalls keinen zu klagen. Der Arbeiter muß acht Stunden und mehr, der Angestellte sieben Stunden täglich arbeiten, bei sehr vielen Geistlichen dagegen beträgt die Arbeitszeit oft nur eine Stunde wöchentlich.

Die Bestimmungen des Gesetzes über die Erhöhung der Kongrua beweisen, daß die Merikale Reaktion im Staate zur Macht gekommen ist und daß sie diese Macht zum Beutemachen auf Kosten des arbeitenden Volkes in schonungslosester und weitgehendster Weise gebraucht. Der Staat muß sich politisch und geistlich unter

Riesentrach bei der Kongrua-Abstimmung.

Durch Provokationen Rosets hervorgerufen. — Wiederholter Sturm auf das Präsidium. — Parlamentswache in Tätigkeit.

Prag, 19. Juni. Nach einer ruhig verlaufenen Debatte über die Kongrua, die von vormittag bis in die Abendstunden dauerte, kam es abends bei der Abstimmung zu tosenden Ausbrüchen der Empörung unter der sozialistischen Opposition, die auch die letzten Kravalle bei der Zollabstimmung noch in den Schatten stellten.

Schon während des Schlusswortes des Berichterstatters Dr. Roset, des berühmtesten Polizeiministers der Regierung Seehla, sangen die Kommunisten Spottlieder, während nach Beendigung des Referates die tschechischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten stehend das Halleluja sangen. Ein Kommunist trug eine Standard herum, die die Verbrennung des Hus zeigte. Immerhin beschränkten sich die oppositionellen sozialistischen Parteien aller Schattierungen zunächst auf heftige Demonstrationen, Pulsdetektor, Konzerte usw., bis der Merikale Berichterstatter Roset eine unerhörte Provokation vollzog, indem er den Referenten verließ und sich neben den Vorsitzenden stellte, um bei der Abstimmung zu intervenieren und sozusagen an Stelle des Präsidenten Dostalok die Abstimmung durchzuführen.

In diesem Augenblick drangen zwei Kommunisten zum Präsidium vor und forderten die Entfernung Rosets, der sich aber stattdessen mit ihnen in eine heftige Kontroverse einließ. Infolgedessen stürmten weitere Abgeordnete aus allen sozialistischen Parteien zum Präsidium hinauf, wo sich erregte Auseinandersetzungen abspielten. Es kam zu einem förmlichen Sturm auf die Ministerbank, worauf sofort die offenbar bereitgehaltenen

Polizei einmarschierte.

Nun ging erst recht ein furchtbarer Lärm los. Die in den Rängen verbliebenen Abgeordneten der Opposition hämmerten auf die Pulle. Andere Genossen überschütteten die Deutschböhmischen, die an diesen Vorfällen mitschuldig sind, mit heftigen Vorwürfen, schlugen mit Attenbündeln auf die Pulle los und verlangten fürwahr den Abzug der Polizei. Der geweihte Minister Franke bearbeitete seine Bank mit dem Pulsdetektor, Frau Zeminaova zerstückte gleichfalls ihr Puldbrett und hämmerte mit einem Bruchstück auf die Ministerbank ein. Der Nationalsozialist Bergmann schleuderte ein großes Attenpatei gegen das Präsidium, das den Vorsitzenden Dostalok an den Kopf trifft. Die Sozialdemokratin Karpiskova bearbeitete ihr Pulle mit einer großen Ledertasche und die meisten tschechischen Sozialdemokraten assistierten ihr.

Eine gewisse Entspannung trat erst ein, als der Präsident die Wache wieder abmarschieren ließ, doch kam es sofort zu neuen Sturmzügen, weil Dostalok mitten aus dieser gespannten Situation heraus trotzdem die Abstimmung fortsetzen wollte, wobei Roset wieder von der Tribüne die Mehrheit dirigierte, da die Enunziationen des Präsidenten nicht zu verstehen waren. Da auch Anträge der Opposition vorlagen, begab sich der tschechische Sozialist Knezzlik

die Fuchtel des Merikalismus gekommen, er ist ihm auch tributpflichtig geworden, indem er seine Diener und politischen Agitatoren aus öffentlichen Mitteln bezahlen läßt, noch dazu in einem unerhört hohen Maße. Die Geistlichen werden nach dem Kongruagesetz die bestbezahlte Beamtenklasse sein, ohne daß der Staat auf ihre Anstellung den geringsten Einfluß haben wird. Die Freigiebigkeit und Feilschheit des deutschen und tschechischen Bürgertums hat es soweit gebracht, daß an Stelle der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, der Trennung der Kirche vom Staate, die Kongruaerhöhung erfolgt, durch den Staat u. Kirche noch fester aneinandergeschnürt werden. Die Merikalen sprachen das Verbot aus, den Staatsangestellten eine Aufbesserung ihrer Bezüge zu gewähren, ohne daß nicht auch die Geistlichen eine Zulage erhalten. So geschah es. Und die Zulage für die Pfaffen fiel vervielfacht höher aus, als jene für die Staatsangestellten. Jeder hat außerdem Anspruch auf eine Naturalwohnung. Werden die Gesamtbezüge berechnet, so ergibt sich: der Absolvent einer

gleichfalls auf die Tribüne, um auch der Opposition das Zeichen für ihre Abstimmung geben zu können. Daraus entwickelten sich wieder heftige Kontroversen zwischen Mehrheits- und oppositionellen Abgeordneten, die einen neuen Einmarsch der Polizei

zur Folge hatten. Besondere Entrüstung erregte es, daß neben den uniformierten Polizisten auch Geheimdetektive in Zivil mitmachten und den Versuch unternahmen, die Tribüne von den sozialistischen Abgeordneten zu räumen.

Das zweite Erscheinen der Polizei brachte die Erregung vollends zum Sieden: Von unseren Genossen waren insbesondere Kaufmann, de Witte, Grünzner und Roscher nicht mehr zu halten und stürzten auf die Tribüne hinauf, ebenso auch viele Abgeordnete aus den übrigen sozialistischen und kommunistischen Bänken. In einem Augenblick kam es zu einem

Handgemenge mit der Polizei,

wobei einige Geheimpolizisten aus dem Saale gedrängt wurden. Schließlich war die Präsidentenstrasse nur mehr

ein wirrer Anhauf von Abgeordneten, Polizisten in Uniform

Das Haus setzt um halb 10 Uhr die Debatte über die Kongrua fort. Erster Redner ist

Genosse Schweichhart:

der u. a. ausführt:

Das Zollgesetz war der erste Streich und der zweite folgte gleich. So kann man heute ungefähr mit Wilhelm Busch, dem großen deutschen antikerikalen Humoristen sagen, wenn man sieht, daß die Mehrheit jetzt daran geht, der Geistlichkeit den ihr zukommenden Ertrag jenes schmutzigen materialistischen Geschäftes zuzuschlagen, das seinen Ursprung in dem Wuchsthege der reaktionären Parteien vom 15. Novemb. 1925 hat. Nachdem die Großgrundbesitzer bereits ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, wird nun in Form der Kongrua die Geistlichkeit bestraft.

Natürlich auf Kosten der breiten Massen!

Geld stinkt nicht, auch für die allerfrömmsten katholischen Seelen nicht!

Die Vorlage, um die es sich heute dreht, setzt die niedrigsten Einkommen der Geistlichen mit einem jährlichen Betrag von 9000 Kronen fest. Dieser Betrag erhöht sich automatisch nach je drei Jahren um 972 Kronen, höchstens jedoch je einmal; dazu kommen noch Erziehungsbeiträge für Kinder bis 1800 Kronen jährlich.

Weiter werden auch Ruhe- und Versorgungsbezüge nach Analogie der staatlichen Pragmatikalbeamten eingeführt.

Der Staat muß mit vollen Händen mehr geben, ohne daß er nach erhöhten Leistungen auf der anderen Seite auch nur fragen darf;

Hochschule erhält, wenn er eine staatliche Anstellung bekommt, 800 Ks Monatsgehalt, ärztliche Assistenten noch weniger, ein junger Kaplan von 24 Jahren aber wird nach dem neuen Kongruagesetz mit den Stollgebühren und der Naturalwohnung 2000 Ks erhalten!

Der Judaslohn, den sich die Merikalen für ihre Zustimmung zu den Hungerzöllen zahlen lassen, ist kein geringer. Im Vaterunser heißt es: „Gib uns unser täglich Brot“, die Diener aber des Gottes, zu dem dieses Gebet empforteigt, haben aus schändester Selbstsucht den Getreidewucherern geholfen, den Armen das tägliche Brot vom Munde zu reißen. Zölle und Kongrua werden in Wochenfrist vollendete Tatsache sein, die arbeitenden Massen werden das Merikal-agrarische Tauschgeschäft mit ihren blutig erworbenen Groschen zu bezahlen haben. Die böse Tat aber wird und muß hunderttausenden Menschen die Augen öffnen über die Judaschristen und über die Art von Christentum, wieses von ihnen verschleißt wird.

und Zivil- und Parlamentsangelegenheiten

zu sehen, der sich immer dichter zusammenballte. Genosse Kaufmann geriet mit einem Polizisten direkt in ein Handgemenge.

Schließlich blieb dem Vorsitzenden doch nichts anderes übrig, als der Wache, deren Erscheinen die ganzen Szenen verursacht hatte, zum zweitenmal den Befehl zum Abmarsch zu geben und schließlich auch, nachdem die Kravalle fortdauernden, die Sitzung vor zehn Uhr zu unterbrechen.

Wie man später aus der amtlichen Korrespondenz erfuhr, hatte es Dostalok inmitten dieses Lärmes, in den sich Weisen, Schreien, Trompetensöhne und Glockensöhne zu einem schrecklichen Mischklang vereinigten, doch zustande gebracht, die „Abstimmung“ zum Abschluß zu bringen, wobei auch einzelne Abänderungsanträge und Resolutionen angenommen wurden, darunter eine Resolution Franke, daß die Regierung binnen 14 Tagen einen Gesetzentwurf über die Trennung der Kirche vom Staat (1) vorlege.

Gegen 11 Uhr wurde die Sitzung unter völliger Stille wieder aufgenommen. Maschper bedauerte in einer kurzen Erklärung die jüngsten Ereignisse und schloß nach fünf Minuten die Sitzung.

er muß auf Befehl der jetzigen Mehrheit eine Fürsorge für die Geistlichkeit entwickeln, um die sie die anderen sozial wichtigeren Berufsklassen bestimmt beneiden. Trotz aller politischen Wandlungen und Umwälzungen sind heute Säbel und Weibschädel ebenso ein Reitsymbol der tschechoslowakischen Republik geworden, wie sie es einst in Oesterreich gewesen sind.

Genosse Schweichhart erläuterte sodann an Hand eines geschichtlichen Rückblickes die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Seit Jahrhunderten kommt das Streben der katholischen Kirche nach Oberhoheit über Staat und Menschen ganz klar und unwiderleglich zum Ausdruck. Schon der heilige Augustin und später Thomas von Aquino suchten den Beweis für die Notwendigkeit der päpstlichen Weltbeherrschung zu erbringen. Letztes Ziel der Merikalen ist und bleibt also: Der Staat ist der Diener der kirchlichen Macht;

der Merikalismus will die rechtliche Oberhoheit über den Staat.

In dem zielbewussten Streben der katholischen Kirche, die Menschen zu willenlosen Werkzeugen der geistlichen Hierarchie und der kapitalistischen Klassen zu machen, suchte man in erster Reihe die Schule in die Hand zu bekommen. In Oesterreich gelang dies nach der Niederwerfung der bürgerlichen 1848er-Revolution; durch das Konkordat vom Jahre 1855 wurde die Schule in vollem Umfang der Geistlichkeit ausgeliefert.

Ich bin überzeugt, daß man auch hier danach streben wird, ein Konkordat zwischen der Tschechoslowakei und Rom abzuschließen.

Als die liberale Gesetzgebung nach den Niederlagen gegen Preußen Oesterreich modernisierte, wurde diese fortschrittliche Gesetzgebung vom Papste verdammt und für ungültig erklärt. Von allen Kanzeln wurde damals in Oesterreich gegen die freireligiösen Gesetze gepredigt und zum direkten Widerstand aufgefordert. Den Kampf um die Macht führt Rom eben, wenn es sein muß, mit allen Mitteln.

Die Herren Merikalen hoch zu ihren historischen Rechten und spielen auch gerne die Verfolgten.

Wenn gestern von deutscher Seite auf einen Raub von Kirchengütern hingewiesen wurde, so bezieht sich dies jedenfalls auf die Maßnahmen Josefs II. Dieser hat allerdings 800 Klöster aufgelöst, aber — zu deutsch ausgedrückt — nur deshalb, weil die Inassen gesaulenz haben. Während die früheren Habsburger das Eigentum der vertriebenen evangelischen Rebellen rückfischlos einzogen, schuf Josef II. aus dem Gut der ausgehobenen Klöster die Grundlage für den Religionsfonds. Ueberdies haben die Herren ihre Güter, soweit sie diese nicht selbst

auf eine mehr oder weniger dunkle Weise erworben haben, doch eigentlich von der Staatsgewalt bekommen und diese hat also eigentlich logischerweise auch das Recht gehabt, ihnen das wieder abzunehmen. Die historischen Rechte der Könige sind also sehr fadenförmig.

Noch bei der Beratung des Gesetzes vom 7. Mai 1874 über den Religionsfondsbeitrag wurde im Motivenbericht seitens der damaligen österreichischen Regierung ausdrücklich erklärt, daß bei der Beschaffung der nötigen Mittel nur auf kirchliche Quellen Bedacht zu nehmen sei. Der Staat, hieß es weiter, hat zu diesfälligen Leistungen weder die Mittel, noch die Pflicht. Das sagte eine österreichische Regierung! Und was sagt hiesig die Regierung des hiesigen Staates der Tschechoslowakei? Sie schweigt! Als dieser Staat am 28. Oktober 1918 aufgerichtet wurde, sollte er ein Land der Freiheit und des Fortschrittes darstellen, die Kirche vom Staate getrennt werden. Wohin sind all diese schönen Grundsätze geraten? Der Weg zur Reaktion ist auch in diesem Staate mit guten Vorläufen gepflastert. Während der nationale Kampf aufs heftigste tobte, freute sich die schwarze Internationale aufs herzlichste und vergrößerte zielbewußt ihre Macht.

Die in den letzten Wahlen gewonnene Position benötigen nun die Merkmalen in erster Linie dazu, ihre besten Agitatoren zu belohnen.

Oder will man vielleicht bestreiten, daß jeder Pfarrhof eine Agitationsstätte der Christlichsozialen ist und demnach die Kongruararbeiten direkt der christlichsozialen Partei zugute kommen? Daß man anderen Konfessionen auch entgegenkommen muß, ist in den Augen der Katholiken sicher ein großer Schönheitsfehler.

Die Ausgaben des Staates haben sich für den Merus in den letzten Jahren in so aufsteigender Linie bewegt, daß man hier zum

Wort Goethes vom guten Magen der Kirche kommt, die auch ungerechtes Gut verdauen kann. Wir wissen schon, daß die Mutterträger um Gottes Lohn allein nicht arbeiten. Aber was sie begehren, geht weit über das Maß der Bescheidenheit hinaus.

Seit 1919 sind vom Staat für Kongruararbeiten nicht weniger als 270 Millionen ausgegeben worden.

Die jährlichen Ausgaben zeigten eine sprunghafte Aufwärtsbewegung, wie keine andere Budgetpost, geschweige denn, daß von einem Abbau die Rede gewesen wäre.

Was bekommen die Arbeitslosen, die an Zahl ungleich größer sind, als die Geistlichen?

Ehrlich viel, viel weniger, als diese Handvoll Ruknieker und Parasiten. Und nun sollen abermals 50 Millionen zugegeben werden. Es ist kein Wunder, daß dies selbst bei gutgläubigen Katholiken Mergernis und Aufstoß erregen muß; noch mehr selbstverständlich bei Nichtkatholiken und Freidenkern, deren Zahl immer mehr wächst. Schon längst muß jeder Freidenker pro Kopf und Jahr 5 1/2 K gegen seinen Willen für Kongruararbeiten zahlen; jetzt kommen noch 3.60 K hinzu. Die schärfste Ablehnung der Kongrua ist schon aus diesem Grunde gerechtfertigt.

Ein weiterer Grund für unsere ablehnende Haltung liegt darin, daß in den heutigen Zei-

ten des Notstandes der breiten Massen die Geistlichkeit ganz gut das Beispiel jener persönlichen Einschränkung geben sollte, die sie immer anderen empfiehlt. Aber man merkt nichts davon, daß die christliche Solidarität unter der Geistlichkeit selbst lebendig wäre. Wir wissen, daß schon zwischen Pfarrer und Kaplan der größte Vermögensunterschied besteht.

Viele Pfarrer sind sehr reich, aber auch sehr geizig und viele Kapläne sind arm und hungrig. Die katholische Kirche ist aber doch so reich, daß keiner ihrer Diener zu darben braucht, wenn eben die christliche Solidarität vorhanden wäre.

In Wahrheit leben die Bischöfe in Prunk und Pracht, während die Kapläne auf schmale Kost gesetzt sind und keine Aussicht haben, einmal Bischof zu werden. Eher hat noch ein geschäftstüchtiger Jude wie einst Herr Kohn in Olmütz Aussicht darauf. Die Kirche hatte schon in der Vorkriegszeit ein Riesenvermögen. Auch heute besitzen die Diözesen in den Sudetenländern mindestens 600 Millionen, die Klöster mindestens 1 1/2 Milliarden. Trotz der Bodenreform ist schon noch genug übriggeblieben und man wird die heutige Machtposition sicher dazu benützen, um von dem Verlorenen etwas zurückzuholen.

Was uns noch veranlaßt, gegen die Vorlage zu stimmen, ist die Haltung der Geistlichkeit zur sozialen Frage.

Man sagt den Arbeitern, daß sie die Geringeren sind, die durch Gottes weise Fügung ein Leben der Armut und Entbehrung, der demütigen Arbeit zu führen haben. Hat doch Leo XIII. erklärt, daß die größten und tiefstgehenden Ungleichheiten sehr zweckmäßig sind, daß Kapitalismus und Massenmord dem Willen Gottes entsprechen. Der Wiener Kardinal Piffel schrieb bekanntlich in der „Reichspost“ zu Anfang des Krieges einen Aufruf, in dem es hieß: „Die Stimme Gottes spricht aus dem Donner der Kanonen“. Einen solchen blutrünstigen Gott, eine solche unsoziale Kirche, die derlei barbarische kulturfremde Grundsätze vertritt, müssen wir im Namen des menschlichen Fortschrittes mit aller Entschiedenheit ablehnen. Im Klassenkampf können wir solche Lehren absolut nicht brauchen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen, meine Herren von der Gegenseite, folgendes sagen: Sie wollen zurück ins Mittelalter, wir aber wollen vorwärts in die helle Zukunft. Ihnen, den schwarzen Gendarmen des Kapitalismus, den Lobfeinden der Demokratie und des Sozialismus, bewilligen wir nicht einen Heller. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Burian (Komm.) erklärt die verschiedenen Zolldemonstrationen als Beweis für das Anwachsen der Kampfschlossenheit der Arbeiterchaft. Die deutschen Agrarier singen jetzt nicht mehr „Deutschland, Deutschland“, sondern „Geld, Geld, Geld über alles!“ Während der folgenden scharfen Kritik der Vorlage kommt es zwischen Merkmalen und Kommunisten zu einer lärmenden Auseinandersetzung.

Frau Jeminova (Ish. Soz.) kündigt an, ihre Partei werde einen Antrag auf Vergebung der Regierung in den Anlagenzustand einbringen, wenn die Vorlage dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt werde, und schließt mit dem Ruf nach Neuwahlen. Während ihrer Rede kommt es zwischen dem Gewerdeparteiler

Vavra und dem tschechischen Sozialisten Knežlik zu einem erregten Austausch von Schimpfwörtern, worauf Knežlik dem Vavra an den Hals springt und von Strikbrny nur mühsam gebändigt werden kann.

RIK (Ish. Soz. Dem.) wehrt sich gegen die heutige Konfiskation des „Pravo Lidu“ und ergeht sich in scharfen Angriffen gegen die bürgerlichen Parteien. Die Kommunistin Kolarikova gerät mit dem Slowaken Tomaneč in einen solchen Konflikt, daß beiderseits Parteigenossen beruhigend eingreifen müssen. Hierauf spricht

Genosse De Witte:

Ich bin mir natürlich dessen wohl bewußt, daß alles Neden gegen die Kongrua nichts an der Tatsache zu ändern vermag, daß diese Vorlage die Mehrheit finden wird, daß alle noch so durchschlagenden Gründe nicht mehr verhindern können, daß die Besitzparteien ihren Wahlerfolg vom 15. November in klingende Münze umsetzen und dem Volke wieder einmal lächtig zur Ader lassen, um die Profiteure der Großagrarier und die Einkünfte der Kirche zu erhöhen. Von den deutschen Besitzparteien wird ohne weiteres der tschechischen Regierung der Sprachenverordnung, des Bodenraubes und der Vernichtung des deutschen Arbeitsplatzes die Mauer gemacht und die prinzipielle Lösung der nationalen Fragen ad calendae graecas vertagt.

Nur der Profit entscheidet: die Merkmalen aller Nationen stimmen für die Erhöhung der agrarischen Profiteure, die Agrarier aller Nationen für die Erhöhung der Kongrua.

Meine Aufgabe kann unter diesen Umständen nur darin bestehen, aufzuzeigen, warum wir prinzipiell gegen die Kongrua stimmen. Wir wollen keineswegs leugnen, daß tatsächlich viele Geistliche Not leiden, solche Not, daß die Kirche als Arbeitgeberin sich darüber schämen sollte. Sie leiden zwar nicht geradezu Hunger, wie unsere Arbeiter und deren Familien, aber doch Not, die uns aufreißend für sie sein muß, weil die materiellen Gegensätze in der Kirche so furchtbar groß sind, weil der Reichtum der hohen Geistlichkeit gepaart ist mit einem fast beispiellosen Geiz gegenüber dem Proletariat im Priesterrod. Desnomisch wären infolge dieser Schichtung alle Voraussetzungen für den Klassenkampf innerhalb der Kirche gegeben. Praktisch ist es freilich so, daß viele dieser armen Geistlichen, um hinauf zu kommen, sich in politisierende Geheffaffen verwandelt. Die Kirche hat nie aufgehört, die politische Macht anzustreben, und

Ihre Diener waren immer auch Soldaten dieses weltlichen Machtstrebens.

Die Kirche — dafür sind hundertsache und tausendfache Belege vorhanden — ist die Preissechsterin kapitalistischen Systems. Wenn Herr Dr. Hilgenreiner im Senat ausdrücklich erklärte, gegen die Verlängerung des Mieterschutzes zu sein, so wurde damit nur neuerlich aufgezeigt, daß die Kirche, deren Exponent die christlichsoziale Partei ist, selbst davor nicht zurückschreckt, armen Leuten, christlichen Familien, christlichen Kindern das Dach über dem Kopf wegzureißen, wenn es das Privatinteresse verlangt.

Zuscha (Christl.-Soz.): Weil der Dr. Hilgenreiner das einmal im Senat gesagt hat, ist das der Beweis dafür?
De Witte: Entschuldigen Sie, Herr Dr.

Zuscha, wenn der ganze christlich-soziale Klub gegen die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes sich geschlossen ausdrückt, trotzdem man weiß, daß so und so viele hinausgeworfene Leute keine Unterkunft finden, Kinder elend zugrunde gehen müssen, was wollen Sie mehr als Beweis haben?

Erinnern wir uns nur an den **Hirtensbrief der slowakischen Bischöfe** vom 26. November 1924, in dem es nach einer fastigen Beschimpfung der sozialistischen Parteien es wörtlich heißt:

„Es ist verboten, daß sich katholische Christen einem antichristlichen Verein, welchen Namens und welcher Art immer, anschließen. Zu den antichristlichen Vereinigungen müssen, ob wir wollen oder nicht, nicht nur alle anarchistischen und nihilistischen, sondern auch die verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Vereinigungen zählen.“

Ermeffen sie die ganze **unerhörte Frechheit,**

die darin liegt, daß diese Leute uns in einem Hirtensbrief als Parteien erklären, die jeder Anhänger der Kirche wie den Beelzebub fliehen muß. Im zweiten Punkte des Hirtensbriefes heißt es:

„Wo ein Katholik die Möglichkeit hat, sich in Ständevereinigungen zusammenzuschließen — das sind die christlichen Arbeitervereine — welche die Religion nicht beleidigen, sind sie verpflichtet, aus der antichristlichen Fachvereinigung — also der freien Gewerkschaft — auszutreten“

Das ist ein hares Bekenntnis zum Kampf für den Kapitalismus,

wenn man es dem Arbeiter unmöglich machen will, durch die freigewerkschaftliche Organisation den Kampf zur Verbesserung seines Loses zu führen.

Ja selbst mit der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses haben die Bischöfe den armen Slowaken an einer anderen Stelle gedroht.

Ist das nicht der unerhörteste Gewissenszwang, der sich denken läßt,

die skatanteste Ausnutzung der Gefühle armer Leute zu kapitalistischen politischen Zwecken? Diese Kundgebung, die den Gläubigen, der den Profit des Ausbeuteters bekämpft, mit dem Entzug der Sakramente bedroht und noch im Tode versucht, hat auch die Zustimmung der Bischöfe Böhmens und Mährens gefunden.

Und nun ermessen Sie, wie ungeheuerlich es ist, daß alle, auch die von den Pfaffen Bekämpften, die Gehälter für sie zahlen sollen.

Wir halten dafür, daß es eine Schande für die Kirche und ihre Gläubigen ist, ihre kleinen Diener hungern zu lassen.

doch sind wir der Meinung, daß die armen Kapläne diejenigen bezahlen sollen, die sie brauchen und in deren Auftrag sie wirken!

Von Nichtreligiösen Gelder zur Bezahlung der kirchlichen Diener zu verlangen, ist mindestens unmoralisch.

Gen. Leibl: Geld stinkt nicht!
De Witte: Ganz richtig; Pecunia... Pecunia non olet ist ein alter Satz, den die Kirche getrost übernommen hat.

Dr. Zuscha: Ich dachte schon, geprägt hat.

aus dem Tschechischen von Richard Brandels.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Verkommen

43 Von Jiri Haußmann.

XIX. Kapitel.

Die goldenen Bücher der beiden Armeen.

Wenn gesagt wurde, daß die Front sich fast ein halbes Jahr lang nicht zum Vorteile einer

II.



ein scharfsinniges Schützengrabensystem machten die Stellungen beider Gegner fast uneinnehmbar, so daß auch die gründlichst angelegten, durch wochenlang andauerndes Trommelfeuervorbereiteten Angriffssaktionen scheiterten. In der Regel erreichten solche Offensiven die zweite, höchstens dritte Verteidigungslinie und dort verbluteten sie, indem sie mit dem Gewinne von einigen hundert Metern Boden und einer unbedeutenden, selten zehntausend Mann übersteigenden Zahl Gefangener endeten. Eine Passivbilanz bildeten dabei allerdings die blutigen Verluste, die eine geraden phantastische Höhe erreichten — dank der bewundernswerten technischen Vollkommenheit des sowohl im Nordviller als auch im Sudviller Arsenalen hergestellten Materials. Dumdum-Geschosse, giftige Gase, Feuerbomben, verderbenbringende Granaten und giftgetränkte Bajonette pflegten zu bewirken, daß der Prozentsatz der Toten beinahe dem der Verletzten gleichkam. Wenn man eine Analogie in der Geschichte sucht, könnte man den allgemeinen Charakter der Kämpfe dieser Zeit am passendsten mit der Taktik vergleichen, welche im sog. Weltkrieg*) von den deutschen und verbündeten Armeen an der Westfront angewendet wurde. Auch hier dauerte es volle drei Jahre, bevor es gelang, die sog. Hindenburgmauer zu durchbrechen.

Den Verlauf dieser Operationen im einzelnen zu verfolgen, wäre ebenso uninteressant wie zwecklos, obwohl die Verarbeitung der Quellen auf viel geringere Schwierigkeiten stoßen würde. Die amtlichen Berichte, die damals ausgegeben wurden, ragen nämlich durch überraschende Objektivität hervor, indem sie sich gar nicht Mühe geben, auch eigene Mißerfolge zu vertuschen.

So besagt z. B. der Nordviller Bericht vom

22. Juli ausdrücklich, daß „eine unserer Kompagnien ins Kreuzfeuer der feindlichen Maschinengewehre geraten sei und nur mit großen Verlusten entkam, wobei sie in den Händen des Gegners 9 Mann als Gefangene zurücklassen mußte“, und irgend ein späterer Subviller Bericht gibt zu, daß 3 Unteroffiziere und 12 Handgranaten „vermisst“ werden. Diese Offenheit kann man nur mit dem erhöhten Vertrauen der Regierung und der Deeresleitung in die patriotische Ausdauer der Bevölkerung erklären, die auch bei den allerungünstigsten Nachrichten nicht kleinmütig wurde und deren fester Siegeswille auch die bitterste Wahrheit vertrat.

Und tatsächlich, ebenso wie die Bewohner der nördlichen Hälfte ertrugen auch die Südbotopier die Widerwärtigkeiten des Krieges in bewundernswerter Weise. Das Lösungswort „Durchhalten bis zum siegreichen Ende!“, zum erstenmale ausgesprochen von Ritter Belle-Part selbst, fand allgemein Widerhall und stärkte die Bürger bei den schwersten Prüfungen, die sie infolge der Kriegsverhältnisse ertragen mußten. „Wenn wir nur erst gesiegt haben — dann werden wir uns alles einbringen!“ trösteten sich die Leute und legten freudig neue Opfer auf den Altar des Vaterlandes nieder.

Aber der Heldennut der Zivilbevölkerung wurde weit übertroffen von dem anfangenden Kampfesgeist, der beide Armeen befeuerte. Die Soldaten brannten nur so vor Sehnsucht nach der Front, desertierten aus den Spitalern, verheimlichten, wo und wie sie zur konnten, auch sehr gefährliche Verletzungen, weinten, wenn sich die Abreise ihrer Marschformationen um einige Tage verzögerte usw. Die sorglose, wenn auch ein wenig sentimentale Stimmung, mit der sie ins Feld gingen, charakterisiert am besten ein rührendes, sehr populär gewordenes Liedchen, das von dem uns schon bekannten Kabarettkünstler Karl Mosche verfaßt worden war und sich in kurzem über den ganzen Süden verbreitete; es hieß „Die fette Wurst!“ und seine ersten Strophen lauteten:

Als ich nach Bellicus zog in 'n Krieg,
Dort ich 'ne fette Wurst bei mir am Strid,
Tra—ra, 'ne ette Wurst, zwei Schnür',
Die Liebste gab sie mir, dazu viel Treuschwür.
Und diese Wurst umgab ich
Deshalb mit einem Strid,
Dah ich sie auf dem Wege
Nicht aufreß, Stück für Stück.
Und als ich kam zum Marschpostillon,
Legt ich sie fein beiseit zur eiernen Ration,
Tra—ra, im Rucksack ganz tief unten,
Dah sie im Feld mir desto besser sollte munden,
Doch als ich drauß' im Felde
Den Rucksack vormi ch leg'
Und such, fand ich den Strid,
Jedoch die Wurst war weg...

Das imposanteste Beispiel von Tapferkeit, Mut, heldenhafter Selbstaufopferung und militärischer Tugenden überhaupt finden wir im „Goldenen Buche unserer Armee“, im Süden „Das Silberne Buch“ genannt. Es wurde von den Presshauptquartieren beider Generalstäbe herausgegeben und von Zeit zu Zeit auch von den Tagesblättern veröffentlicht, um die begeisterte Stimmung der Bevölkerung noch mehr anzufeuern. Einige Proben aus diesem wahrhaft kostbaren, auch für die Nachkommen als ein leuchtendes Muster bestimmten Dokumenten mögen hier angeführt werden.

Ein schlauer Jugsführer. Der Jugsführer Geza Rasnamordhi des Landw.-Reg. Tertulian Nr. 25 war mit der gefährlichen Aufgabe betraut worden, einen feindlichen Wachposten auszulundschaften und unschädlich zu machen, damit dieser über die Vorbereitungen zum Anmarsch des Regiments plante, nicht berichten könne. In einer dunklen Nacht schlich sich der unerschrockene Jugsführer in einen nahen Wald dicht an die feindlichen Linien heran, als er plötzlich das Knarren eines Gewehres und den Ruf vernahm:
„Salt! Wer da?“

(Fortsetzung folgt.)

der beiden kriegsführenden Parteien änderte, bedeutet das nicht etwa, daß diese Zeit in Ruhe und Untätigkeit verstrich — im Gegenteil, es wurde mit täglich wachsender Erbitterung gekämpft; aber ausgezeichnete Feldbesetzungen und

*) Der sog. Weltkrieg zog in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast ganz Europa und einen bedeutenden Teil der übrigen Erdteile in Mitleidenschaft. Er begann im Jahre 1914; wann er eigentlich zu Ende war, konnte bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

De Witte: Nein, aber die Kirche hat dieses abernennen, wenn es ihr gefaßt hat, so auch diesen Satz. Sie beweist es durch Taten und wenn Sie, Herr Dr. Kuscha, nicht auf diesem Standpunkt stehen, so verlangen Sie nicht, daß der Staat die Kongrua bezahle.

Dr. Kuscha: Er soll die Religionsfonds herausgeben.

De Witte: Darüber läßt sich diskutieren. Man kann einmal die ganze Frage des Eigentumsrechtes anführen, von allem Anfang an; wie aber die Kirche abzuschneiden wird, das ist allerdings eine große Frage! Daß wir aber die Menschen bezahlen sollen, die verpflichtet werden gegen uns zu kämpfen, ist, wie ich schon gesagt habe, eine unerhörte Zumutung.

Wir Sozialdemokraten lehnen es aus den angeführten Gründen ab, die Kongruavorlage zu bewilligen. Mehr als das,

wir protestieren gegen die Ausplünderung der Gesamtheit für Zwecke, die nicht der Gesamtheit dienen, sondern nur dem Machtwillen einer Institution dienen, die wir als Feinde jedes menschlichen Fortschrittes, als Hemmschuh der Vorwärts- und Aufwärts-Entwicklung der Menschheit Tag um Tag aufs neue kennen lernen!

(Starker Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte ging noch bis 9 Uhr fort, worauf es bei der ersten Abstimmung, durch die der Antrag des Genossen Schwabhart auf Rückverweisung an den Ausschuss abgelehnt wurde, zu den eingangs geschilderten Krawallen kam.

Nächste Sitzung Dienstag, den 22. Auf der Tagesordnung steht die Ruder- sowie die Spiritussteuer.

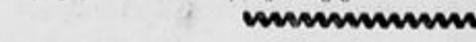
Windisch belchmichtigt . . .

Scharfe Abfuhr des Landbündlers durch Gen. Taub.

In der gestern abends stattgefundenen Sitzung des Budgetausschusses lichte der Landbündler Windisch die 21 Millionen Geschichte der „Deutschen Agrarbank“ als harmlos darzustellen, an deren Geschäften die deutschen Landwirte nur zu einem geringen Teil beteiligt seien, und stellte die Behauptung auf, daß der Sanierungsfonds hauptsächlich auf das Drängen der sozialistischen Parteien für deren Konsumgenossenschaften errichtet worden sei. Seine Partei sei für eine gesetzliche Fixierung der bestehenden Zuschläge zur Zuckerversteuerung; da sie für die Beamtengehälter gestimmt habe, müsse sie auch für deren Bedeckung stimmen. In der weiteren Debatte ergriff Genosse Taub das Wort und entkräftete die unwahre Behauptung Windirschs bezüglich des Sanierungsfonds. Wir haben den Fonds entschieden abgelehnt, die Agrarier dagegen waren an dem Fonds sehr interessiert, da sie viele notleidende Genossenschaften hatten. Zwischen Banken und genossenschaftlichen Unternehmungen besteht aber ein großer Unterschied. Bezüglich der Entschuldigungen des Landbündlers wegen der Annahme der Spiritussteuer wies ihm Genosse Taub nach, daß er noch im Dezember vorigen Jahres gegen die Zuckerversteuerung gesprochen hatte. Wir werden neugierig sein, welche Ausreden die Herren vom Bund der Landwirte nächste Woche bei den anderen Vorlagen und später beim Budget haben werden, wenn sie dafür stimmen. So einfach lasse sich diese Schwankung nicht begründen. Man könne noch nicht feststellen, was der Kaufpreis für die geänderte Haltung der Landbündler ist. Daß allerdings Windisch den Kaufpreis hiebei nicht nennen wird, war vorauszusehen; deshalb hätte er überhaupt alle Reminiscenzen daran besser unterlassen.

Zur Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage. Eines der traurigsten Kapitel der tschechoslowakischen Staatspolitik bildet die im Geiste des Nationalismus gehaltene Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage. Unter Mißbrauch des Friedensvertrages wurde auf Grund gewalttätiger Auslegung der einschlägigen Vertragsbestimmungen eine „gesetzliche“ Regelung getroffen, die Hunderttausende von Staatsbürgern, besonders die Angehörigen der deutschen, ungarischen und polnischen Minderheit, der Staatsbürgerschaft beraubte und sie um ihre Stellungen, um ihre Pensionen und ihre sonstigen materiellen Rechte brachte. Besonders trüb sind die Verhältnisse in der Slowakei. Darum haben sich nahezu alle den nationalen Minderheiten angehörenden, vor allem aber sozialistische Parteien, diesem Problem zugewendet und durch Einbringung von Initiativanträgen eine Regelung dieser Gesetzmaterie herbeizuführen versucht. Auch unsere Partei hat bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf eingebracht, der nicht bloß die slowakische Seite der Frage behandelte, sondern das Problem in seiner Gänze aufrollte und eine umfassende Regelung in Vorschlag brachte. In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses gelangte aber lediglich der von der tschechischen sozialdemokratischen Partei durch den Genossen Dr. Derer eingebrachte Antrag zur Verhandlung, welcher sich auf die Regelung der slowakischen Verhältnisse beschränkt. Der Antrag war in einer früheren Sitzung des Ausschusses zum Zwecke der Herstellung eines Einvernehmens zwischen den Parteien dem Subkomitee zugewiesen worden, doch scheiterte dieser Versuch, weshalb das Subkomitee seine Mission für beendet erklärte und die Weiterverhandlung des Gegenstandes im Plenum des Hauses beantragte.

Der Antragsteller Dr. Derer berichtete in der gestrigen Sitzung in diesem Sinne, während der Nationaldemokrat Dr. Hajn zur Verbeiführung einer weiteren Verzettlung die neuerliche Zurückleitung an das Subkomitee beantragte. Nach einer Aussprache, in welcher der Berichterstatter Dr. Derer, Genosse Dr. Czoch, der Kommunist Gati und Dr. Mayer-Harting teilnahmen, beschloß jedoch der Ausschuss, entgegen dem An-



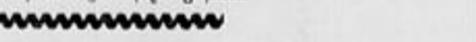
Unser Zollkampf.

Außer der großen Kundgebung in Auliga die am Freitag 5000 deutsche sozialdemokratische Arbeiter vereinte, fanden an diesem Tage noch folgende Protestveranstaltungen statt: In

Warnsdorf

fand am Freitag, den 18. d. M., eine große Protestkundgebung der Arbeiterschaft statt, die vom Ortsrat der Gewerkschaften und von unserer Partei einberufen war. Der große Saal des Vereinshauses war dicht besetzt. In fast zweistündiger Rede behandelte Genosse Paul aus Prag die Zollfrage und wies ihre katastrophalen Wirkungen für die Arbeiterschaft nach. Er kennzeichnete den beispiellosen Verrat der deutschen Zollparteien, die bei der ersten Gelegenheit ihre Arbeiterfeindschaft an den Tag gelegt haben und um ihres Profites willen der Regierung der tschechischen Bourgeoisie beigegeben sind. Die Ausführungen des Redners wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Es waren in der Versammlung auch eine Anzahl Kommunisten anwesend, die sich jedoch vollständig ruhig verhielten. In der Debatte sprach u. a. ein Nationalsozialist, der die Erklärung abgab, daß seine Partei grundsätzlich gegen die Zölle sei und sich bemüht fühlte, die hakenkreuzlerischen Parlamentarier gegen den Vorwurf der schwächlichen Haltung in der Zollfrage in Schutz zu nehmen. Im Schlußwort wurde von unserem Referenten betont, daß wir

solange nicht an einen ernstlichen Widerstand der Nationalsozialisten gegen das Zollattentat glauben können, solange diese mit den Agrariern und Christlichsozialen in einem parlamentarischen Verband sitzen und so lange sie die deutschen Zollparteien, die wahren Schuldigen an der Verteuerung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, nicht bekämpfen. Damit fand die eindrucksvolle Versammlung, deren Vorsitz Gen. Cihner führte und die natürlich von einem Regierungsvertreter betreut wurde, ihren Abschluß.



Gemeinsame Kundgebung in Friedland i. B.

Gegen die Agrarzölle, die Erhöhung der Kongrua und die Regierung Cerny fand Freitag, den 18. d. M., um 10 Uhr vormittags, eine von den Kommunisten, den deutschen und den tschechischen Sozialdemokraten einberufene Protestkundgebung statt. Alle größeren Betriebe wurden stillgelegt, so daß sich an die 2500 bis 3000 Personen auf dem Marktplatz versammelten. Als einziger Redner für alle drei Parteien sprach der Kommunist Pseffer aus Prag. Seine Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Eine Resolution, die sich gegen die Einführung der festen Agrarzölle und die Erhöhung der Kongrua richtete, die Entfremdung der Regierung Cerny forderte und den deutschen und tschechischen Ausbeuterparteien den gemeinsamen Kampf aufragt, wurde unter lebhafter Affirmation einstimmig angenommen.

Wie sich die Agrarier ihre Liebe zur Republik bezahlen lassen!

Der „Duch Casu“ stellt fest, daß die Institutionen der Agrarpartei in der letzten Zeit folgende Beträge vom Staat bekommen haben: 45 Millionen Kronen befinden sich im Staatsvoranschlag für das Jahr 1926 für rein agrarische Zwecke. 30 Millionen Kronen zur Erhaltung der Zentralgenossenschaft in Preßburg. 170 Million Kronen erhielten die agrarischen Genossenschaften zur Sanierung der „guten Wirtschaft“. 101 Millionen erhielt die Agrarbank für ihr gutes Wirtschaften aus dem Sanierungsfonds. 118 Millionen Kronen erhielt die Währschlesische Bank aus demselben Fonds. 207 Millionen Kronen erhielt die Währische Agrar-Bank als Anleihe auf 28 1/2 Jahre zu 1 Prozent und 3 Prozent Amortisation. 120 Millionen Kronen hat die obgenannte Bank aus dem Sanierungsfonds erhalten. 15 Millionen Kronen hat Dr. Hodza aus dem Kunstdüngersfonds dem agrarischen Museum gespendet.

15 Millionen Kronen hat die Dubocka Bank in Ružomberk zinsenfrei für die Zeit von 33 Jahren bekommen. Außerdem fordert die Agrarpartei vom Staate 700 Millionen zur Ausbeutung der staatlichen Wälder und 300 Millionen für eine agrarische Kolonisation und 100 Millionen auf Meliorationen. Sie bereitet ferner ein Gesetz auf Komassation des Bodens vor und verlangt einen neuen Kredit von 1500 Millionen Kronen. Daneben beherrscht die Agrarpartei die Zentralen kleiner Geldinstitute mit einer Einlage von 2000 Millionen Kronen, die größtenteils vom Landvolk sind, weiter dann noch die wirtschaftlichen Bezirkskassen, wo ebenfalls gegen 2000 Millionen Kronen Einlagen von Arbeitern, Häuslern und Kleinrentnerbetrieblenden konzentriert sind. Das genügt alles der Agrarpartei nicht! Die Agrarier wollen dem arbeitenden Volke noch den letzten Bissen vom Munde entreißen! Eine neue Milliarde verlangt die Agrarpartei vom armen arbeitenden Volke. Was wird das arbeitende Volk darauf antworten?

Der Regierungsentwurf eines „Wohnungsgesetzes“.

Böllige Liquidierung des Mieterschutzes bis Ende 1934. — „Baubeiträge“ von alten Häusern.

Prag, 19. Juni. Heute wurde im Abgeordnetenhaus der Regierungsentwurf des neuen, sogenannten Wohnungsgesetzes vorgelegt, durch welchen für eine Reihe von Jahren, bis Ende 1933, der Mieterschutz und die Bauförderung aus öffentlichen Mitteln geregelt werden soll. Was zunächst den Mieterschutz anbelangt, bedeutet die Vorlage nichts anderes, als den Beginn der völligen Liquidierung desselben. Das Gesetz hält zwar die Einschränkungen des Kündigungsrechtes im wesentlichen aufrecht, läßt aber vom 1. Jänner 1928 an eine wesentliche Erhöhung der Mietzinse (um 50—110 Prozent des Grundzinses) zu und der Motivenbericht sagt ausdrücklich, daß nach dem 31. Dezember 1934 der Mieterschutz überhaupt aufhören soll. Auf dem Gebiete der Bauförderung bringt der Entwurf gegenüber dem früheren Baubewegungsgesetz vor allem die wesentliche Änderung, daß die Bauförderung nun nicht mehr aus den Mitteln der staatlichen Finanzverwaltung, sondern ausschließlich aus den Mitteln des staatlichen Baufonds erfolgen soll. Zur Speisung dieses Baufonds, der vorläufig vom Staate einen Zuschuß von 150.000.000 K erhält, wird vom 1. Jänner 1928 bis 31. Dezember 1934 ein Baubeitrag eingehoben, den die Eigentümer der alten (im Jahre 1917 oder früher erbauten) Gebäude zu zahlen haben, den sie aber auf die Mieter überwälzen können. Durch diesen Betrag, der von 50 Prozent des Mietzinses im Jahre 1928 bis auf 350 Prozent im Jahre 1934 ansteigt,

wird also die Miete in den alten Häusern gewaltig verteuert und so eine Angleichung der alten Zinse an die in Neubauten schon jetzt zu zahlenden Zinse herbeigeführt. Der staatliche Wohnungsfonds wird nicht nur, wie bisher der Staat, die Garantie für Baufkredit übernehmen, sondern selbst Anleihen gewähren, welche in den Jahren 1924 bis 1927 höchstens 40 bis 60 Prozent des Bauaufwandes ausmachen dürfen, in den folgenden Jahren dann stufenweise sinken, so daß sie im Jahre 1934 nur mehr 20 bis 40 Prozent ausmachen werden. Auch die Bauförderung soll also durch das Gesetz liquidiert werden. Es ist nun gewiß ein großer Vorteil, daß der Baufonds nicht bloß Garantie für anderweitig zu beschaffende Kredite leistet, sondern selbst Kredit gibt, aber die Mittel hierzu werden die Mieter aufzubringen haben. Es wird ab 1. Jänner 1928 eine ganz gewaltige Verteuerung der Wohnungen eintreten, und zwar ohne Rücksicht auf die soziale Lage der Mieter, während z. B. die Wiener Wohnbausteuer stark progressiv ist. Es ist natürlich nicht möglich, über die umfangreiche Vorlage (sie hat mit dem Motivenbericht 74 Seiten) sofort ein endgültiges Urteil zu fällen, aber es kann schon jetzt gesagt werden, daß sie in durchaus kapitalistischem Geiste gehalten ist, den Mieter besonders den proletarischen Mietern, unerträglich Lasten auferlegt und daher den schärfsten Protest der Arbeiterklasse heraufordert.

Der Tag der Entscheidung

Heute Volksentscheid in Deutschland.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Als es sich in den ersten Monaten dieses Jahres darum handelte, die für ein Volksbegehren notwendigen 4 Mill. Wähler auf die Beine zu bringen, da verhielten sich die Fürstenparteien noch abwartend. Sie glaubten damals nicht daran, daß Sozialdemokraten und Kommunisten über ihre eigene Anhängerschaft hinaus noch größere Massen zur Unterzeichnung des Gesetzesentwurfes für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen bewegen würden. Aber aus den erforderlichen 4 Millionen waren es 12 1/2 Millionen Unterschriften geworden, auch die Wähler aus den Reihen der Reichstagen hatten sich in Scharen an der Einzeichnung beteiligt. Dieser Erfolg hat den Verteidigern der Fürstenansprüche einen gehörigen Schrecken eingejagt und nun setzen sie ihre ganze große Agitationsmaschine in Bewegung, um den Sieg des Volksentscheids am 20. Juni zu verhindern. Die weit verbreitete Presse der Reichstagen muß ihren Lesern Tag für Tag Schauermärchen vom anmarschierenden Bolschewismus erzählen, in unzähligen Millionen werden Trudschriften und Flugblätter unter die Massen geworfen, die agrarischen und industriellen Verbände haben mobil gemacht, Aufrufe von „prominenten“ Persönlichkeiten werden verbreitet, und schließlich hat man auch noch den alten Hindenburg in die politische Arena gezerrt. Wenn man nach der Stimmung in den Großstädten und Industriebezirken urteilen wollte, so müßte der kommende Sonntag einen überwältigenden Sieg des Volksentscheids bringen. Die Versammlungen, besonders der sozialdemokratischen Partei sind überfüllt, die öffentlichen Kundgebungen erfreuen sich des stärksten Zulaufs auch solcher Männer und Frauen, die sonst nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen. Zwei Nachwahlen in dem agrarischen Mecklenburg und in dem industriellen Bochum zeigen gleichermaßen einen entschiedenen Einspruch des Volkes, die Ablehr von den Reichsparteien. Den Ausschlag beim Volksentscheid aber werden voraussichtlich die kleineren Städte und das flache Land geben, wo noch immer der Terror der Rechtsorganisationen herrscht und die Behörden in der Hand der Reaktionen sind. Man muß bedenken, daß die Stimmabgabe beim Volksentscheid wohl geheim ist, aber durch die von den Fürstenparteien anbedohlene Stimmhaltung wird jeder als Anhänger der Enteignung der Fürstenvermögen gekennzeichnet, der ins Wahllokal geht. Die preussische Regierung hat davor gewarnt, durch wirtschaftlichen Druck, durch Androhung von Boykott oder Entlassung die Freiheit der politischen Betätigung anzulasten. Aber was fragen die Deutschnationalen und ihre Helfer in den von ihnen beherrschten Gebieten nach solcher Warnung? Sie wissen aus langer Übung, wie man sich die von ihnen abhängigen Volksschichten gefügig machen kann und sie lassen es denn auch an nichts fehlen, um ihre alte Macht auch diesmal wieder spielen zu lassen. Wo aber ihre wirtschaftliche Macht nicht hinreicht, da versuchen sie es, den nicht hinlänglich aufgeklärten Kreisen Furcht vor den Folgen des Volksentscheids einzuflöhen. Das eine Mal behaupten sie, daß der Enteignung der Fürstenvermögen die Wegnahme auch allen anderen Besitzes folgen würde; dann sagen sie, daß Hindenburg niemals ein Gesetz unterschreiben werde, das die Enteignung der Fürstenvermögen bringen sollte; das weitere wäre eine Präsidentenkrise, der Bürgerkrieg und alles sonst noch, wovon der ruhige Bürger Angst hat. Was das erste anlangt, so hat die Sozialdemokratie keinen Zweifel daran gelassen, daß die Enteignung der Fürstenvermögen kein sozialistischer Akt sei, sondern eine politische Maßregel, wie sie in zahllosen ähnlichen Fällen auch in anderen vom Bürgertum beherrschten Staaten schon durchgeführt worden ist. Und was das zweite betrifft, so ist die sozialdemokratische Partei jederzeit bereit, wenn Hindenburg die Unterzeichnung des Gesetzesentwurfes nicht vornehmen will, seinen Rücktritt zu akzeptieren und einen neuen Präsidenten zu wählen, der den Willen des Volkes besser respektiert. Nicht an der Sozialdemokratie also wird es liegen, wenn aus einer etwaigen Präsidentenkrise eine Staatskrise wird, und wenn die bisher noch politische Bewegung umschlägt in eine soziale Bewegung, die das gesamte Volk auf das tiefste aufrüttelt. Die starke Stellung der Sozialdemokratie, die nach Lage der augenblicklichen Verhältnisse vorerst abwartend sein muß, wird ihr allerdings erschwert durch das kurzfristige Verhalten der Kommunisten. Deren Einfluß auf die Bevölkerung geht zusehends zurück, immer entschiedener wenden sich die arbeitenden Massen von der Herrschaft der kommunistischen Phrase ab und der positiven Politik der Sozialdemokratie zu, wie in der jüngsten Zeit Mecklenburg und Bochum deutlich bewiesen haben. In Mecklenburg stiegen die Stimmen der Sozialdemokratie seit dem 4. Mai 1924 von 74.924 auf 114.404, die kommunistischen Stimmen gingen zurück von 44.765 auf 18.463. In der Bergarbeiterstadt Bochum stiegen trotz geringer Wahlbeteiligung, die sozialdemokratischen Stimmen von 14.350 auf 16.635, die kommunistischen Stimmen dagegen fielen von 25.943 auf 10.191. Trotzdem wollen die Kommunisten immer noch glauben machen, als ob sie die Führung der großen Bewegung für den Volksentscheid hätten, als ob jeder, der

am 20. Juni an die Urne geht, den kommunistischen Parolen folge. Mit dieser Behauptung, die mit den Tatsachen in Widerspruch steht, wird aber nur Wasser auf die Mühlen derer geleitet, die den noch ungeschlossenen Wählern einreden, es handle sich beim Volksentscheid um den Beginn der Volksherrschaft Deutschlands, und da die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes vom Volkswort nichts wissen will, so wird mit der kommunistischen Agitation dem Zweck des Volksentscheids, dem monarchistischen Gedanken den letzten und entscheidenden Schlag zu versetzen, gerade entgegengehandelt. Nicht genug damit, richtet die kommunistische Agitation ihre Hauptangriffe nicht etwa gegen Rechts, sondern gegen die Sozialdemokratie. Kein Artikel ihrer Presse, kein Aufruf ihrer Zentrale, keine Rede in ihren Versammlungen, in denen nicht die sozialdemokratische Partei aufs wüteste beschimpft und verleumdert wird. Es ist gerade so, als ob die Leitung der deutschen kommunistischen Partei vor ihren Auftraggebern in Moskau den Beweis ihrer Unfähigkeit auch bei dieser Gelegenheit erbringen will.

Die sozialdemokratische Partei sieht dem kommenden Sonntag guten Mutes entgegen. Mit Feuereifer ist die ganze Organisation, vom einfachen Parteimitglied bis zum Abgeordneten, bei der Arbeit. Seit langem schon war die Stimmung unter den arbeitenden Massen nicht so hoffnungsfroh, wie in diesem Kampfe. Wie er auch ausgehen mag, ob die für das Inkrafttreten des Enteignungsgesetzes notwendige Stimmenzahl erreicht wird oder nicht: die Früchte der jetzigen Arbeit werden reifen.

Inland.

Saure Trauben.

Die Christlichsozialen geben bereits zu, daß es mit den „Kompensationen“ Essig ist.

Die deutsche Wählerschaft, soweit sie dem erbärmlichen Kuhhandel, den deutsche Agrarier und Christlichsoziale um Pölle und Kongrua getrieben haben, nicht prinzipiell ablehnend gegenübersteht, hat sich immerhin in der Hoffnung gewiegt, daß der antisoziale Raubzug und die Schützenhilfe der aktivistischen Parteien für die tschechischen Rechtsparteien doch wenigstens mit einem fetten nationalpolitischen Happen bezahlt werden würden. Das hätte ihnen vielleicht die Verantwortung vor den betrogenen Wählern etwas leichter gemacht. Aber selbst damit ist's Essig. Die Christlichsoziale „Deutsche Presse“ sieht sich bereits genötigt, derartigen Illusionen entgegenzutreten. Unter dem Titel „Kompensationen“ gibt das führende klerikale deutsche Organ seinen Lesern zu verstehen, daß es keine oder nur sehr unbedeutende Kompensationen geben wird, die in gar keinem Verhältnis zu dem nationalen Verrat und zu den Diensten stehen, die die deutschen Volksparteien dem tschechischen Bürgerturn geleistet haben und noch leisten. Rekruten machen selbstverständlich auch aus der Not eine Tugend und also wird den Christlichsozialen folgendes politisches Konzept gereicht:

„Wenn die tschechendeutsche aktivistische Politik nichts weiter erstreben würde als für jede Abstimmung eine einmalige, konkrete Gegenleistung, wäre es wirklich zu bedauern; Politiker, welche ein solches Vorgehen wählen, würden Männer, die es wünschen, muß man als äußerst kurzfristige Politiker bezeichnen. Wir wollen damit durchaus nicht sagen, daß einmalige, sofortige, greifbare Kompensationen entbehrlich sind, — aber solche Kompensationen allein, die auch wieder in ihr Gegenteil gekehrt werden können, würden vielleicht — und wer weiß, ob das! — parteipolitisch recht vorteilhaft sein, aber keine auf weite Sicht hin arbeitende Partei begründen.“

Wir hoffen, daß unsere Leser, die gewöhnt sind, daß man ein ausländisches Deutsch mit ihnen spricht, sich dennoch auch in diesem Raubverfälschungsgeschäft zurechtfinden und es richtig übersehen werden: „Macht Euch keine Illusionen, wir kriegen einen Schwarzen!“ Weiterhin ist im Artikel noch einmal von der „Kompensationspolitik im Kleinen“ die Rede, welche bescheidene Erwähnung außerdem noch gewisse Gedankenstriche versteht ist, damit nur ja niemand sich jemals darauf berufen könne. Dagegen bezeichnen die Christlichsozialen, die schon gar nicht mehr recht wissen, wie sie ihre Schlammkitt verbergen sollen, ihre Haltung zu den Steuerpolitikern selber als „Opportunitäts-politik“.

Seine Stimme für die tschechische Regierung, solange nicht eine Änderung in der Nationalpolitik eingetreten ist! So deklarieren die Christlichsozialen vor den Wahlen. Nach den Wahlen beistehen sie sich, den tschechisch-bürgerlichen nationalpolitischen Parteien beizuspringen, nur um ihre Kongrua zu bekommen, machen den Volktraubzug mit, beschließen Steuererhöhungen, retten Tag für Tag die Czerny-Regierung aus lauter Angst, daß sie beim geringsten Aufwinden aus der neuen Koalition hinausfliegen und dann heillos kompromittiert sind und bringen dennoch den Deutschen nicht einmal nennenswerte „Kompensationen“, geschweige denn einen wirklichen nationalpolitischen Erfolg! Wenn den Christlichsozialen da nicht der liebe Gott hilft, haben sie ein fürchtbares Strafgericht von ihren Wählern zu erwarten.

Was die Klerikalen alles bekommen. Der kirchliche Großgrundbesitz war bisher unter Staatsaufsicht. Das haben die Klerikalen schwer getragen und sich schon einigemal bemüht, die Freigabe des kirchlichen Großgrundbesitzes zu erlangen. Das ist bisher noch nicht gelungen. Erst

Die Sozialistische Internationale gegen die Regierung der Tschechoslowakei.

„Unerhörter Lakaiendienst“ gegenüber dem Faschismus.

In der letzten Nummer der vom internationale herausgegebenen „Inter-Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-nationalen Information“ lesen wir:

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik beizt sich, ihr durch die scharfe Kritik des Genossen Pils an den faschistischen Regierungsmethoden etwas geschwundenes Renommee bei Mussolini wieder aufzufrischen und hat es unternommen, zwei von der Deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei einberufenen Trauerkundgebungen aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Ermordung Matteottis zu verbieten.

Der unerhörte Lakaiendienst, den die Regierung der tschechoslowakischen Demokratie dem

leistet, da sich im Parlament eine bürgerliche Mehrheit gefunden hat, welche die Regierung Czerny stützt, haben die Klerikalen dieses Ziel erreicht. Wie nämlich das „Právo Lidu“ erfährt, hat das Ministerium des Innern, dieser Tage an das Ministerium für die Slowakei die Aufforderung gerichtet, möglichst rasch für die Liquidation der Staatsaufsicht über den kirchlichen Großgrundbesitz zu sorgen und diesen Besitz der Verwaltung der Bischöfe zu übergeben. Neulich dürfte auch in Böhmen, Mähren, Schlesien und Karpatenland vorgegangen werden.

Aufgehobene Gemeindevahl. Vor zwei Monaten fanden in Altenberg bei Jäslau Gemeindevahlen statt, gegen die seitens der tschechischen Parteien der Protest erhoben worden war. Die politische Landesverwaltung hat diesem Protest nunmehr stattgegeben und die Neuwahlen für den 5. September festgesetzt.

Obmannstriebe bei den österreichischen Klerikalen.

Rückzug in der Frage des Schulkompromisses?

Wien, 19. Juni. (Eigenbericht.) Die Christlichsozialen, Parteileitung hatte heute eine Sitzung einberufen, um innerhalb der Partei den Konflikt, der durch die Reassumierung der Schulvereinbarungen Kunschals und Schneiders mit den Sozialdemokraten entstanden war, zu bereinigen. Kunschal erschien jedoch nicht zu dieser Sitzung und ließ sich auch durch eine Abordnung, die ihm lange lange zuredete, nicht umstimmen. Die Parteileitung beschloß darauf in seiner Abwesenheit, die Demission Kunschals auf sein Amt als Parteivorstand nicht zur Kenntnis zu nehmen und ihn neuerlich zu bewegen, die Obmannstelle wieder anzunehmen.

Wie man erfährt, soll der als Unterrichtsminister in Aussicht genommene klerikale Landeshauptmann Doktor Mintelen die Absicht haben, bei seinem Amtsantritt den Schulerlass, der die Klerikalisierung durchzuführen wollte, sofort aufzuheben und neue Verhandlungen mit den Sozialdemokraten einzuleiten. Darnach scheint bei den Christlichsozialen doch ein ziemlicher Kagenjammer eingetreten zu sein.

Herriot verhandelt.

Paris, 19. Juni. In dem heute ausgegebenen offiziellen Situationsbericht heißt es, daß Herriot seine Verhandlungen bis abends fortsetzen werde und diese abends zu beenden beabsichtige. Erst dann wird sich der Kammerpräsident mit der Wahl seiner künftigen Mitarbeiter befaßen, denen er das Ergebnis der Prüfung, die er seit gestern fortsetzt, mitteilen wird. Gleichzeitig wird er seinen Mitarbeitern die Regelung bekanntgeben, welche er dem Parlament zur Sicherstellung der finanziellen Sanierung vorlegen werde.

Die englischen Bergarbeiter bleiben fest.

London, 19. Juni. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Coak brachte gestern abends in einer Rede zum Ausdruck, daß die Arbeiter vielleicht durch den Hunger zur Annahme niedrigerer Lohnsätze gezwungen werden könnten, daß sie sich aber selbst durch den Hunger nicht zur Annahme einer längeren Arbeitszeit oder zu bezirksweisen Lohnvereinbarungen zwingen lassen würden.

London, 19. Juni. In Lochgelly (Fifehire) kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergleuten und der Polizei, in deren Verlaufe eine Anzahl Personen, darunter auch zwei Polizeibeamte, verletzt wurden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

General Haller a. D.

Warschau, 19. Juni. General Josef Haller, der sich bekanntlich während der Mauerereignisse an der Organisation der Widerstandsaktion im Posener Gebiete beteiligt hatte, wurde aus dem aktiven Militärdienst entlassen und in den Ruhestand versetzt.

Faschismus erweisen will, tritt umso deutlicher hervor, als am gleichen Tage in tausenden von Versammlungen das Proletariat der ganzen Welt seines Märtyrers gedacht hat, ohne darüber besorgt zu sein, daß diese Gedenkfeiern, wie es in einer der Verfügungen der tschechoslowakischen Behörden heißt, „einen Anlaß zu feindseligen Kundgebungen gegen einen fremden Staat und Repräsentanten desselben geben könnten.“

In Brünn, dem einen der beiden Orte, wo die Abhaltung der Versammlung verboten worden war, fand diese dennoch statt und gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Protest gegen die faschistischen Gewaltmethoden. Die Abhaltung der glänzend verlaufenen Veranstaltung war erst auf Grund einer Intervention und unter der Bedingung gestattet worden, daß Mussolini nicht angegriffen werde.

Rundfunk für Alle!

Vom deutschen Radiobeirat.

Deutsche Sendungen in Brünn.

Die deutschen Sendungen des Prager Senders, von denen der Zentralbeirat in seiner letzten Sitzung allgemein feststellte, daß „das Programm, welches die Prager Station in deutscher Sprache sendet und von der Prager „Urania“ organisiert wird, sowohl inhaltlich als formell (schöne Aussprache) auf höchster Stufe steht.“ wurde in letzter Zeit durch die Einführung der täglichen Wetterberichte und Hopfenmitteilungen erweitert. Vom Herbst an ist die Ausgestaltung der musikalischen Sendung, eben die Aufnahme von „Sendespielen“ und womöglich der Anschluß des „Neuen deutschen Theaters“ im Rahmen der deutschen Sendungen ins Auge gefaßt.

Was die Angelegenheit der Einführung deutscher Sendungen beim Brünnener Sender und die Errichtung einer eigenen deutschen Beiratssektion in Brünn anbelangt, wurde beschlossen, sowohl im Zentralbeirat wie beim Radio-Journal durch unsere Vertreter vorstellig zu werden. Das Radio-Journal hat nach grundsätzlicher Bewilligung der deutschen Sendungen in Brünn die dortigen Stellen angewiesen, wegen Durchführung des deutschen Sendeprogrammes mit der Prager Stelle in Verbindung zu treten. Der deutsche Radiobeirat Prag hat als für die deutsche Prager Sektion vor allem in Betracht kommende Organisationen, unbeschadet einer allfälligen Ergänzung, vorgeschlagen: Deutsche Technik, Deutsche Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst, Mährischer Volksbildungsverein „Urania“, Deutsche Volkshochschule, Deutscher Radio-Klub, Freier Radio-Bund, Zweigstelle Brünn, „Urania-Radio-Bund“, Sektion Brünn.

Programm für morgen Montag.

Prag, 20. 14: Prager Welle, 17.45: Deffelen, 11.30: Landwirtschaflicher Rundfunk und Pressekorrespondenz, 12: Zeitgenossen, 14: Börsenkorrespondenz, 16.30: Nachmittagskonzert des N. J. Sektors, 1. H. Dvořák, 2. H. Dvořák, 3. H. Dvořák, 4. H. Dvořák, 5. H. Dvořák, 6. H. Dvořák, 7. H. Dvořák, 8. H. Dvořák, 9. H. Dvořák, 10. H. Dvořák, 11. H. Dvořák, 12. H. Dvořák, 13. H. Dvořák, 14. H. Dvořák, 15. H. Dvořák, 16. H. Dvořák, 17. H. Dvořák, 18. H. Dvořák, 19. H. Dvořák, 20. H. Dvořák.

Brünn, 21. 17.40: Kinderstunde, Märchen, 18: Zeitgenossen, 19: Börsenkorrespondenz, 20: Prager Welle, 21: Prager Welle, 22: Prager Welle, 23: Prager Welle, 24: Prager Welle, 25: Prager Welle, 26: Prager Welle, 27: Prager Welle, 28: Prager Welle, 29: Prager Welle, 30: Prager Welle.

Berlin, 20.15: Prof. Dr. Weiß: „Orientalisches Gut in unserer Kulturgeschichte“ (I. Teil), 20.30: Zonenmündung, 21.15: Dresden: 1. „Die Dina“, 2. „Die Dina“, 3. „Die Dina“, 4. „Die Dina“, 5. „Die Dina“, 6. „Die Dina“, 7. „Die Dina“, 8. „Die Dina“, 9. „Die Dina“, 10. „Die Dina“, 11. „Die Dina“, 12. „Die Dina“, 13. „Die Dina“, 14. „Die Dina“, 15. „Die Dina“, 16. „Die Dina“, 17. „Die Dina“, 18. „Die Dina“, 19. „Die Dina“, 20. „Die Dina“.

Programm für Dienstag.

Prag, 20. 11.30: Landwirtschaflicher Rundfunk und Pressekorrespondenz, 12: Zeitgenossen, 14: Börsenkorrespondenz, 16.30: Nachmittagskonzert des N. J. Sektors, 1. H. Dvořák, 2. H. Dvořák, 3. H. Dvořák, 4. H. Dvořák, 5. H. Dvořák, 6. H. Dvořák, 7. H. Dvořák, 8. H. Dvořák, 9. H. Dvořák, 10. H. Dvořák, 11. H. Dvořák, 12. H. Dvořák, 13. H. Dvořák, 14. H. Dvořák, 15. H. Dvořák, 16. H. Dvořák, 17. H. Dvořák, 18. H. Dvořák, 19. H. Dvořák, 20. H. Dvořák.

Brünn, 21. 17.40: Frauenrundschau, Prof. Schöb: Dampfschiffe und das Achen ohne Feuer, 18: Zeitgenossen, 19: Börsenkorrespondenz, 20: Prager Welle, 21: Prager Welle, 22: Prager Welle, 23: Prager Welle, 24: Prager Welle, 25: Prager Welle, 26: Prager Welle, 27: Prager Welle, 28: Prager Welle, 29: Prager Welle, 30: Prager Welle.

Berlin, 20.15: Dr. Wegener: „Eine Wanderung durch deutsche Gauen“, 20.30: „In mein Berlin...“ Ein Spiel der Welle von Hans Brenner, — Leipzig, 20.15: Zonenmündung, — Breslau, 20.25: Volkswirtschaftliches Konzert des Schlesischen Landesorchesters, — Wien, 20.15: Karl Gellert-Abend.

Tages-Neuigkeiten.

Faschistische Schießerei in der Eisenbahn.

Das „Veceřny Ceske Slovo“ brachte gestern folgende Meldung:

In Pödebrad tagte als gemeinsame Kundgebung der sozialistischen Parteien eine Volksversammlung gegen die Fölle. Dazu fand sich auch eine Bande von 14 bewaffneten Faschisten aus Prag ein, sieben kamen von auswärts. Sie konnten nicht eingreifen, die Mehrheit hätte sie zer-malmst. Auf der Rückreise nach Prag ertönten im Zug vier Schüsse aus einem Browning. Der Stationsvorstand von Nimburg rief zur Durchsuchung des Wagens die Wache herbei, die drei Burtschen verhaftete und vier Polizeipendrets beschlagnahmte. Beim Verhör gaben die Burtschen an, daß die Prager Faschisten diese Waffen von der Faschistenzentrale in Brünn erhalten haben.

All dem sieht die Regierung Czerny ruhig zu. Die faschistischen Banden dürfen bewaffnet auftreten, in Eisenbahnwaggons herumstreifen, Polizeipendrets bei sich führen. Aber gegen ruhig demonstrierende sozialistische und kommunistische Arbeiter schickt die Regierung ihre Polizei vor, die mit den Pendrets dreinhaut und Atmaden reitet. Man wird in der Tschechoslowakei tatsächlich immer mehr an italienische Zustände erinnert.

Zum Tode des Genossen Eduard Jalsch.

Genosse Ed. Jalsch, der am 17. Juni als Sechshundschziger vom Tode ereilt wurde, ist einer jener Kämpfer gewesen, die für ihre Ueberzeugung schwere Opfer gebracht haben. Schon als junger Mensch war er Sozialist und kaum 24jährig, wurde die Staatsgewalt gegen ihn mobil gemacht. Es war anlässlich des großen Textilarbeiterstreiks im Volzentale, Frühjahr 1884, an welchem nahezu 10.000 Arbeiter beteiligt waren, als Jalsch verhaftet wurde. Am Morgen des 27. März 1884 bemerkte er, daß damals in Neubäufel, der heutigen Arbeiterkolonie in Theresienfeld bei Wensen wohnte, daß sich 60 bis 80 Mann Infanterie gegen sein Wohnhaus zu bewegen und davor Posto faßten. Eine Abteilung begab sich in die Wohnung Jalsch, der verhaftet und nach Wensen eingeliefert wurde. Vor Jalsch gingen zwei Infanteristen, einer zur rechten und einer zur linken Seite, und im Rücken war Jalsch durch einen Gefreiten und einen Gendarmen vor einem feindseligen Ueberfall geschützt. In Wensen erwartete eine Abteilung Infanterie unter Führung eines Leutnants den Verhafteten und es erfolgte das Kommando: „Bajonett auf! Scharf geladen!“ Dem Verhafteten wurde bedeutet, daß er bei dem leiseiten Fluchtversuch unbarbarisch zusammengehackt wird. Mit einem zweiten Genossen namens Hadel zusammengepackt, wurde er durch die Stadt eskortiert, nach Prag eingeliefert und volle vier Monate in Untersuchungshaft gehalten.

Die Anklageschrift, Nr. C. 8928, der I. I. Staatsanwaltschaft in Prag gegen Josef Hadel, Fabrikwächter in Franzenthal, Eduard Heller, Weber in Franzenthal, Eduard Jalsch, Weber in Franzenthal, Rudolf W edlich, Schneidermeister in Falkenau und Karl Hübner, Fabrikarbeiter in Königswald, lautete auf Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft. Die Genannten seien als Inländer Mitglieder einer Vereinigung mehrerer Personen zum Behufe der geheimen Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, deren Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird und haben sich hierdurch des Vergehens der Teilnahme einer geheimen Gesellschaft schuldig gemacht. Zur Hauptverhandlung beantragte die Staatsanwaltschaft, daß eine Menge Protokolle von Zeugen, Anzeigen der Gendarmerie, Beschlüsse der Gerichte, Notizen der Bezirkshauptmannschaften, unter anderem auch eine der Bezirkshauptmannschaft Teichsen, vom 29. Feber 1884, S. 60, samt zwei aus Budapest an Franz Hadel und Eduard Jalsch eingelangten Briefen, sowie die bei Haus- und Persondurchsuchungen faisierten Schriften und Druckwerke vorgelegt werden.

Gegen Jalsch wurde insbesondere die Anklage erhoben, daß er das Gedicht „An Seine Excellenz“ im verhoffenen Wert erhielt, auf die radikalen Arbeiterblätter abonniert war, an den Versammlungen beteiligt war und sogar von dem mitangeklagten Josef Hadel als einziger sozialistischer Partei hinneigender Sozialist bezeichnet wird.

Die Angeklagten erhielten Arreststrafen in der Dauer von einem bis drei Monaten, Eduard Jalsch bekam vier Wochen einfachen Arrest.

Den Beweis erbrachte das Gericht in den vorgefundenen Schriftstücken und Druckwerken und erkannte aus den zahlreichen strafgerichtlichen Untersuchungen, daß alle Angeklagten hervorragende Sozialisten sind und demnach der objektive Tatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung sichergestellt ist.

Genosse Eduard Jalsch verließ das Landesgericht Prag nicht als Gebeffter, sondern er blieb weiterhin verhaftet, das heißt der sozialistischen Sache treu ergeben, und zwar bis zum Schlusse seines Lebens. Seit einigen Jahren bekleidete er das Amt des Gemeinde-Vorstehers in Franzenthal zur vollsten Zufriedenheit der Partei. Die Jüngerer mögen sich an ihm ein Beispiel nehmen und den schweren Verlust, den die Partei durch seinen Tod erlitt, durch vermehrte Tätigkeit zu ersetzen. Wir werden den alten treuen Kämpfer ein dankbares Andenken bewahren.

Wieder eine Handgranatenerplosion. Aus Kaschau wird gemeldet: Beim Granatenwerfen des Gebirgskontingents Nr. 7 in Poprad explodierte Samstag eine Handgranate und verletzte sieben Personen: 5 Soldaten und 2 Offiziere —, davon 3 Soldaten und einen Offizier schwer. Die Verletzten wurden nach Kaschau gebracht. Der Vorfall wird untersucht.

Die armen Pfaffen und die Steuerbehörde. Während die Steuerbehörde das Einkommen jedes Arbeiters genau kontrolliert und rücksichtslos mit der Verfolgung einsetzt, wo sie falsche Angaben vermutet, dürfen die Geistlichen in der Tschechoslowakischen Republik ungestraft geradezu lächerliche Angaben über ihre Einkünfte machen. Der Abgeordnete Spatny, der bei der Kongradebatte im Parlamente auf diese Tatsache hinwies, brachte bei dieser Gelegenheit ein paar Daten aus Prager Pfarren, die allgemeines Interesse verdienen. Eine der größten Prager Pfarren ist die in Smichov, von der die Pfaffen selber behaupten, daß sie eine Goldgrube sei. Der dortige Pfarrer aber bekannte nur ein Einkommen von 10.250 Kronen und Stologiebühren von gar nur 700 Kronen ein, während ihm doch tatsächlich eine einzige Funktion, eine reiche Hochzeit oder Beerdigung, weit mehr einbringt. Noch absurder wirkt dieses Einbekenntnis, wenn man es mit dem des Kaplans derselben Pfarre vergleicht. Dieser gab nämlich 5773 Kronen Einkommen und 5200 Stola an. Also der Pfarrer 700 Kronen, aber der Kaplan 5200! Der Pfarrer in Bubentisch einbekannte 9700 Kronen, der in der Sarda 9800 Kronen und nur 400 Kronen Stola. Der Pfarrer in der reichen Pfarre St. Nikolau gab beim Steueramt nur 70 Kronen Stola an, der von der Teintstraße 100 Kronen. Die lächerlich niedrigen Ziffern lassen es außer Zweifel erscheinen, daß die Pfaffen des Herrn sich nicht scheuen, vor dem Steueramt zu mögeln. Jedemfalls tragen diese Daten dazu bei, gegenüber den Angaben der christlichen Presse über die angeblich fürchterlich notleidenden Geistlichen sich noch referierter zu verhalten, als man dies ohnehin mit gutem Bewußtsein tut.

Prachatic? Nein Prachatic! Die politische Bezirksverwaltung in Prachatic, die erst vor einiger Zeit sich angezogen hat, die Schreibweise der Familiennamen im privaten Verkehr vorzuschreiben, unternimmt es jetzt, den Gebrauch der amtlichen Ortsnamen auf Antragsnachfragen von rein ökonomischen oder gewerblichen Interesse aufzutragen. So verbietet sie beispielsweise den Gebrauch des Ortsnamens Prachatic auf Theaterzetteln, Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten, Vermietungen und Verkäufe u. dgl. Auch will sie die Vereine nötigen, den Namen Prachatic in den Sitzungen durch „Prachatic“ zu ersetzen. Ferner verbietet sie den periodisch erscheinenden Druckschriften im Kopf des Blattes das Wort „Prachatic“ zu gebrauchen, und zwar mit der Begründung, daß der Kopf des Blattes als Eingabe zu betrachten sei, auf welche die Bestimmungen des Artikels 3, bezw. 4 der Regierungsverordnung vom 25. August 1921, Slg. Nr. 324, Anwendung zu finden hätten. Selbstverständlich sind alle diese Verfügungen der politischen Bezirksverwaltung in Prachatic im Gesetz nicht begründet, und stellen sich als behördliche Ueberschreitung dar.

Bened muß erst noch zur Königin. Das Tschechische Korrespondenzbüro meldet aus Beldeš, 19. Juni: Die Abreise des Ministers Dr. Bened wird mit Rücksicht auf die Einladung, welche die Delegationen der Kleinen Entente für Samstag nachmittags zur Königin erhielten, Sonntag vormittags erfolgen.

Was ist richtig? Im Programme des „Deutschen Klubs der Prager J. W. C. A.“, der im vorigen Monate gegründet wurde, lesen wir auf Seite 2:

... „Für wen wirkt die J. W. C. A.?

Spiritusfabrikanten aller Nationen, bereichert Euch!

Zur Erhöhung der Spiritussteuer.

Die Bedeutung der Staatsangestelltenvorlage soll durch Steuern auf den Massenverbrauch ausgebracht werden. Es handelt sich hier um eine Erhöhung der Zuckerversteuerung, über die wir schon gesprochen haben und um eine Erhöhung der Spiritusabgabe, worüber wir noch einiges sagen wollen.

Der Spiritus war auch schon im alten Oesterreich ein beliebtes Steuerobjekt. Ein Hektoliter Spiritus war im alten Oesterreich mit 160 Kronen besteuert, dazu kam noch der hohe Zoll von 110 Kronen auf 100 Kilogramm Spiritus, so daß schon im alten Oesterreich im Inland der Spiritus viel teurer war als auf dem Weltmarkt. Außerdem bildete die Einrichtung des sogenannten Spirituskontingents eine Quelle unerhörter Korruption. Der sogenannte Kontingentspiritus war nämlich mit einer um 20 Kronen geringeren Steuer belegt als der übrige Spiritus, so daß die Fabrikanten, welchen ein hohes Spirituskontingent zugestanden worden war, enorme Uebergewinne einfachten. Im alten österreichischen Abgeordnetenhaus hat der polnische Genosse Dr. Diamand oft und oft diese Korruption gegeißelt.

Nach dem Kriege wurde nun in der Tschechoslowakei die staatliche Bewirtschaftung des Spiritus eingeführt. Der Staat hat dabei Millionen verloren. In der Zeit der Finanzminister-Schaft Beclas wurde den Spiritusfabrikanten für einen Hektoliter Spiritus 1000 K bezahlt, während dieser Spiritus der Spiritusverwertungsgesellschaft um 530 K für einen Hektoliter überlassen wurde. Außerdem wurde in den Jahren 1919 und 1920 nach Wien eine Menge von 310.000 Hektolitern zu einem Preis von bis zu 1200 K verkauft, während der Händler im Inland 2826 K bezahlen mußte. An diesen Geschäften hat der Staat Hunderte von Millionen verloren. Dazu kommt noch, daß die Spiritusverwertungsgesellschaft ungeheure Verwaltungskosten aufweist: So betrug die sogenannte „Verwaltungsregie“ in der Kampagne 1924-25 über zehn Millionen, die Abfahrregie über 35 Millionen Kronen. Diese beiden Posten haben allein den Preis für reinen Spiritus um nahezu K 170.— pro Hektoliter erhöht. Außerdem bezahlt die Spiritusverwertungsgesellschaft

ihren Verwaltungsräten ungeheure Summen, so soll der agrarische Abgeordnete Dr. Zadina, sowie elf andere Mitglieder des Verwaltungsrates im letzten Jahre je 150.000 K Lantienem erhalten haben. Für den Reichtum der Gesellschaft spricht die Tatsache, die im Abgeordnetenhause jüngst Abgeordneter Remes festgestellt hat, daß die Gesellschaft bei der Zivnostenska banka ein Konto von 100 Millionen Kronen hat. Alle diese Riesengewinne müssen natürlich die Verbraucher bezahlen.

Durch das neue Gesetz wird nun die Spiritussteuer abermals und zwar von 12.20 K pro Hektolitergrad Alkohol auf 15 K erhöht. Dazu kommt noch ein Zuschlag von 2 K zu Gunsten der Länder, beziehungsweise Gaue, und eine Lizenzgebühr im Betrage von 8 K, welche die Spiritusverwertungsgesellschaft einhebt, so daß die Gesamtbesteuerung 25 K betragen wird. Die Erhöhung der Steuer soll nach den Angaben des Motivenberichtes dem Staate ungefähr 76 Millionen einbringen. Sollte freilich der Konsum des Spiritus um 5 Prozent sinken, so wird diese Mehreinnahme nur die Hälfte betragen, sollte der Konsum um 10 Prozent sinken, ist die Mehreinnahme gleich Null.

Das Finanzministerium sucht im Motivenbericht die Erhöhung damit zu rechtfertigen, daß der Genuß von Alkohol ein schädlicher ist und daß es daher sittlich gerechtfertigt erscheint, die Steuer zu erhöhen. Ob es aber sittlich gerechtfertigt ist, die Spiritusfabrikanten durch einen unvernünftigen Zoll von 2240 K vor jeder Konkurrenz zu schützen, und ihnen durch die Einrichtung der Spiritusverwertungsgesellschaft ungeheure Gewinne zuzuschauen (für die für den Staat eingehobene Lizenzgebühr nicht einmal Zinsen, trotzdem sie das Geld zweieinhalb Monate schuldig bleiben kann) ist eine Frage, die die volkshenndliche Regierung Cerny und die bürgerliche Mehrheit, die ihr die Mauer macht, nicht aufzuwerfen. So zeigt die Spiritussteuer daselbst wie die Rolle, daß sich die bürgerlichen Parteien aller Nationen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung verständigen. „Bereichert Euch Kapitalisten aller Nationen!“ — das ist die Parole der neuen Koalition.

Für alle Frauen und Mädchen ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses.

Auf Seite 6 aber steht:

... „Es sind vorgesehen: Religiöse Vorträge und Sonntagsfeiern!“

Also wer steht eigentlich hinter dieser Prager J. W. C. A. und was ist richtig? Ein Verein für Mädchen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses? Was haben dann im Programme religiöse Vorträge und Sonntagsfeiern zu tun? Oder werden die Anders- und Nichtgläubigern dort für Rom befehrt worden?

Forderungen der Sicherheitswache. Der Zentralausschuß der Gewerkschaftsvereinigungen der Sicherheitswache in der tschechoslowakischen Republik hat am 16. Juni eine Sitzung abgehalten und eine Entschliessung angenommen, in der unter anderem bitter darüber Klage geführt wird, daß die Forderungen der Sicherheitswache anlässlich der Verhandlungen über das Staatsbeamtengesetz nicht berücksichtigt wurden. Die Sicherheitswache ist gezwungen, mit allen legalen Mitteln für eine entsprechende Regelung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu sorgen. An alle kompetenten Faktoren wird die Aufforderung gerichtet, die Sicherheitswache in dieser ihrer Forderung zu unterstützen.

Das Grammophon als Lautsprecher.

Von R. Neuber.

Ein oft unerwarteter Besuch mehrerer Freunde hat schon manchen Funkliebhaber in große Verlegenheit gebracht, da die Anzahl der Kopfhörer, die ein Amateur besitzt, in den seltensten Fällen mehr als drei beträgt. Mit Rücksicht auf den inunerhin noch hohen Preis stellen diese Hörer einen beträchtlichen Wert dar, so daß wohl selten jemand in der Lage ist, eine größere Anzahl Telephons anzuschaffen. An Stelle der Kopfhörer einen Lautsprecher zu verwenden, wäre die einfachste Lösung, doch kostet ein solcher, wenn er wirklich etwas leisten soll, heute noch einige Hundert Kronen.

Ein Ausweg, der eine Ausgabe von wenigen Kronen verursacht, ist zu finden, wenn der Funkfreund, was wohl vielfach der Fall sein wird, ein Grammophon besitzt. Der Umbau in einen guten Lautsprecher bietet keine Schwierigkeiten; die Anleitung hierzu wird sicher vielen Bastlern willkommen sein.

Zuerst entfernen wir vom Grammophon die Schalldose (Membrangehäuse) und schrauben sie von dem kleinen Aufsatzrohr ab, wobei wir die als Zwischenlage verwendeten Gummiringe sorgfältig aufheben. Nunmehr nehmen wir einen guten, womöglich regulierbaren Kopfhörer (Telefonten, Dr. Resper usw.) und befestigen eine Telephonmuschel unter Zwischenlegung der oben erwähnten Gummiringe an das Aufsatzrohr. Diese Manipu-

lation ist sehr einfach, wenn wir hierzu sogenannte Tischlerleinlammen aus Eisen verwenden. Zwei Stück genügen vollständig, um die Telephondose genügend fest an das Aufsatzrohr anzupressen. Dann schieben wir die so gewonnene Membrangehäuse, ebenso wie wir es früher beim Grammophon gewohnt waren, in das Schallrohr, welches in den Schalltrichter mündet. Von einem Doppelkopfhörer ist demnach die eine Dose an den Trichter befestigt, während die andere durch ihre Bügelverbindung freiliegt, was belanglos ist, solange sie sich beim Empfang nicht durch Kratzen unangenehm bemerkbar macht. Sollte dies eintreten, so entfernen wir von der freien Muschel die Membrane, was durch einfaches Abschrauben geschieht. Sodann verbinden wir die Telephonmuschel mit dem Apparat und stellen auf die Kristallation ein. In den meisten Fällen wird der Empfang sofort rein sein. Sollte Klirren oder Kratzen erfolgen, so ist die Regulierung des Hörers nachzustellen, bis Sprache und Musik einwandfrei reproduziert werden.

Ein solcher Lautsprecher, der eigentlich kostenlos herzustellen ist, wird gewiß viel Freude bereiten und bei zahlreichen Besuche die Frage nach Hörern lösen. Es sei noch bemerkt, daß zur Reproduktion der Rundfunkdarbietungen die Niederfrequenzstufe verzerrungsfrei arbeiten muß, weshalb auf eine entsprechende Gittervorspannung besonders zu achten ist. Wenn man berücksichtigt, daß durch eine kleine Ummantelung des Grammophon stets wieder als solches gebrauchsfähig ist, so wird diese Anleitung sicher viele Funkfreunde veranlassen, einen Versuch mit dieser Anordnung zu machen.

Die Salzammergut-Wanderfahrt traten von Prag aus am Samstag, den 19. Juni, in den Morgenstunden 180 vorwiegend gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte aus dem deutschen Zielungsgebiet der Tschechoslowakei und aus dem angrenzenden Sachsen an. Freitag besichtigten frühzeitig erscheinende Reiseteilnehmer die Sehenswürdigkeiten von Prag. In frühlicher Wanderstimmung, trotz des trüblichen Wetters, sammelten sich die Teilnehmer Samstag beim frühmorgens nach Linz als dem ersten Rastort der sieben Tage dauernden Wanderfahrt. In den Mittagstunden empfingen die Linzer Parteigenossen die Gäste aus der Tschechoslowakei und Sachsen zu eintägigem Aufenthalt. Abends fand eine Begrüßungsfeier statt. — Die stätliche Teilnehmeranzahl läßt erkennen, daß in der organisierten Arbeiterklasse immer mehr der Gedanke zweckentsprechender Urlaubsausflüge durch billige und gut organisierte Genossenschaftsreisen an Boden gewinnt.

Juden und Nationalsozialisten ist der Eintritt verboten. Am Donnerstag kam es in Berlin bei einer wölkischen Versammlung zu einem Zwischenfall, der die Zustände im hakenkreuzerischen Lager in humoristischer Weise kennzeichnet. Während der Rede des Abgeordneten Aube, der wegen des Verdachtes der Beteiligung an einem Mordmord vom Reichstag ausgeliefert worden ist und der sich in der Versammlung gegen die Anschuldigung verteidigte, kam es zwischen drei Hitlerleuten und anderen Versammlungsteilnehmern zu einem Konflikt, in dessen Verlauf die drei Hitleranhänger schwer verprügelt und aus dem Saal entfernt wurden. Abgeordneter Aube erklärte im Laufe seiner weiteren Ausführungen, er werde bei der nächsten Versammlung an der Saal für eine Aufschrift anbringen lassen, welche besagt: „Juden, Hitler- und Reichsbannerleuten ist der Eintritt verboten.“

Protest des Deutschen Juristentages. Wie wir seinerzeit gemeldet haben, ließ das staatliche Polizeikommissariat in Marienbad die Pfingsttagung der Ständigen Vertretung des Deutschen Juristentages über wachen, nicht nur die Hauptversammlung, bei der auch verboten wurde, über das Beschlagnahmegesetz und die Marienbader Affaire zu sprechen, sondern auch den Begrüßungsabend, der übrigens nur auf geladene Gäste beschränkt war. Nunmehr hat der Vorstand der Ständigen Vertretung folgende Kundgebung beschlossen: „Der Vorstand der Ständigen Vertretung des Deutschen Juristentages in der Tschechoslowakei hat in seiner ersten nach der Sitzung die Vorgänge in Marienbad erörtert und seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß die verfassungsmäßig gewählten Rechte der Vereinsfreiheit und der freien Meinungsäußerung durch die Staatsbehörden in Marienbad verletzt wurden und daß der Versuch unternommen wurde, die Redefreiheit dieser Vereinsversammlung zu beschränken, um so mehr ins Gewicht fällt, als es sich um eine wissenschaftliche Tagung

Rechtshändiger handelte. Es wurde beschlossen, diese Protestkundgebung dem Minister des Innern zur Kenntnis zu bringen.“

Unterbrechung der Strecke Denisbahnhof—Znaim durch Hochwasser. In dem Abschnitt Groß-Wosel—Kolin ist der gesamte Verkehr infolge der Ueberschwemmung unterbrochen. Die Personbeförderung mit fahrplanmäßigen Zügen bleibt nur in dem Abschnitt Prag Denisbahnhof—Groß-Wosel und Kolin—Jglaun Hauptbahnhof aufrecht. Ein Umsteigen an der unterbrochenen Stelle ist nicht möglich. Reisende, welche von den Stationen Prag Denisbahnhof bis Groß-Wosel und an den Anschlüssen von Jungbunzlau und Königgrätz fahren und in der Richtung über Kolin bzw. umgekehrt reisen wollen, müssen die Hilfsstrecken über Nimburg, Pokitschan, Kolin oder Prag Masaryk-Bahnhof—Kolin benützen. Für die Zeit der Störung fahren auf der Strecke Prag Denisbahnhof—Groß-Wosel oder umgekehrt folgende Züge nicht: Schnellzug Nr. 23, Abfahrt Groß-Wosel 7.20, Ankunft Prag Denisbahnhof 8.35, Schnellzug Nr. 38, Abfahrt Prag Denisbahnhof 7.32, Ankunft Groß-Wosel 8.48, Schnellzug Nr. 24, Abfahrt Prag Denisbahnhof 15.50, Ankunft Groß-Wosel 17.03, Schnellzug Nr. 37, Abfahrt Groß-Wosel 20.17, Ankunft Prag Denisbahnhof 21.35. Die Schnellzüge Nr. 25, 28 und 132 halten während der Dauer der Störung in Lissa a. E., Nimburg, Pöbbrad-Bad, der Schnellzug Nr. 27 hält außerdem auch in Wositschan. Zum Zwecke des Anschlusses in der Richtung Jglaun—Kolin nach Prag Masaryk-Bahnhof und umgekehrt werden in Kolin die Schnellzüge Nr. 63, 16, 15 und 12 halten.

Das Programm des Internationalen Bibliothekarentreffes. Das Programm des Internationalen Kongresses der Bibliothekare und Bücherfreunde wurde nunmehr definitiv folgendermaßen bestimmt: 28. Juni, halb 11 Uhr vorm., Eröffnung des Kongresses im Pantheon und anschließend daran Eröffnung der anlässlich des Kongresses veranstalteten Ausstellungen im Museum. Um 5 Uhr nachm. empfangt der Prager Bürgermeister die Kongreßteilnehmer. 29. Juni, halb 10 Uhr vorm., Konstituierung des Kongresses und Sitzungen der sechs Ausschüsse, die auch am 30. Juni tagen werden. Am 1. Juli, 11 Uhr vorm., findet die Schlußsitzung des Kongresses statt. Am gleichen Tage besuchen die Teilnehmer die Burg Karlstein und die Stadtbücherei in Pilsen, worauf am 2. und 3. Juli eine Exkursion nach Tisitz, Dohentfurt, Rosenberk, Krummhu und Tabor stattfindet. Die sechs Ausschüsse, welche die Kongreßarbeit zu erledigen haben werden, beziehen sich auf folgende Arbeitsgebiete: Volkstümliches Büchereiwesen, Bibliographie und Katalogisierung, Geschichte des Buches und Büchereiwesens, das wissenschaftliche Büchereiwesen, Produktion des Buches und Bibliophilie, internationale Zusammenarbeit der Bibliothekare und der Bibliotheken.

22.500 Todesopfer von Straßenunfällen hat der Verkehr im Jahre 1925 in den Vereinigten Staaten gefordert. Gegenüber dem Jahre 1924 ist das eine Zunahme um 2000 Fälle. Die Zahl der Automobile in den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1925 nicht weniger als 19.954.347, was einer Zunahme um über 2 Millionen gegenüber dem Vorjahre gleichkommt. Damit entfällt auf jeden sechsten Amerikaner ein Auto.

Veränderungen im Fahrplan ab 1. Juli. Zug 601, ab Pardubitz 9.28, an Königgrätz 10.05, wird um 7 Minuten später fahren und erreicht in Pardubitz Anschluss vom Zuge 304 von Prag. — Zug 1035, ab Schwarzkojetele 7.06, an Pilsen 7.37 mit Anschluss an Zug 1013 nach Trautenau und nur an Schultagen verkehrend, wird an Arbeitstagen ganzjährig, mithin auch während der Schulkferien verkehren.

Ein Theater in die Luft gesprengt. Das Theater von Los Angeles wurde durch fünf Dynamitexplosionen zerstört. Es wurde festgestellt, daß an verschiedenen Stellen des Theaters Dynamitpakete versteckt waren.

Fahrermäßigung für die Teilnehmer am III. Kriegesgefangenenstag in Lobositz. Die Eisenbahnverwaltung hat eine 25prozentige Ermäßigung für die Teilnehmer gewährt. Die hierzu nötige Legitimation wird von dem Tagungsausschuß (Eduard Zsuzm, Lobositz, Hohenstrasse) ausgestellt, so daß jeder Teilnehmer die Möglichkeit hat, von irgendeiner Station aus die Fahrt anzutreten. Da diese Ermäßigung vom 1. bis 7. Juli gilt, kann jeder ehemalige Kriegesgefangene samt seinen Angehörigen, die dann mitzumelden sind, auch aus weiterer Entfernung die Tagung besuchen. Um die Anzahl der notwendigen Kontrollmarken beim Eisenbahnministerium bestellen zu können, mögen die Anmeldungen (Name, Wohnort) bis 30. Juni an obige Adresse geleitet werden.

Kerstliche Kerzereise. Der Reichsverband der deutschen Kerzereise in der Tschechoslowakischen Republik veranstaltet seine dritte Studienreise in der Zeit vom 29. August bis 12. September dieses Jahres. Ausgangspunkt ist Troppan. Besucht werden Wislowitz und Jobbad Tordau. Hierauf erfolgt die Fahrt bis Poprad vella und nach Alt-Schmeds und Neu-Schmeds. In diesen zwei Orten wird für einige Tage Standquartier bezogen und von hier aus werden die Tatraturorte und die berühmten slowakischen Bäder Trencsin-Teply, Bad Pstyan usw. besucht. Die vierzehntägige Reise, welche nur für Kerze und Begleitung offen ist, kostet 1178 K, in welchem Betrage alle Auslagen für Bahn- und Autofahrten, Unterkunft, Mittag- und Abendessen sowie Jansen, Trinkgelder usw. inbegriffen sind. Anmeldungen an den Reichsverband der deutschen Kerzereise in der Tschechoslowakischen Republik „Kuffia“ und den Landesverband für Fremdenverkehr in Karlsbad. Die Teilnehmerzahl ist auf 150 Personen beschränkt.

Monats-Perrenkarten. Nach einer amtlichen Mitteilung werden Monats-Perrenkarten zum Betrage von 12 K in den Verkauf kommen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Wollen auch Sie Millionär werden? Die Gelegenheit hierzu bietet sich durch Beteiligung an der 15. tschechoslowakischen Klassenlotterie.

Rasha-Mantel gefüttert von K& 390.— (Raffon „Bassano“) aufwärts, original englische Mantel gefüttert von K& 445.—

Volkswirtschaft.

Die Bedeutung der Glasindustrie.

Das Regierungsorgan „Prager Presse“ veröffentlicht in seiner letzten Sonntagsbeilage zahlreiche Artikel über die tschechoslowakische Glasindustrie.

Wir entnehmen einem informierenden Bericht folgende Daten: Zur Charakteristik der wirtschaftlichen Bedeutung der Glasindustrie für unsere Volkswirtschaft mögen die nachstehenden Ziffern dienen:

Table with 3 columns: An Glas wurde ausgeführt, in den Jahren Tonnen, Wert in K&. Rows for years 1921-1925.

Betrachtet man die aktiven und passiven Posten in der Handelsbilanz im Jahre 1925, ausgedrückt in Millionen, so findet man, daß Glas unmittelbar nach Zucker figuriert:

Table with 3 columns: Einfuhr, Ausfuhr, Aktivum in Tausenden K&. Rows for Zucker and Glaswaren.

Wieder ist zu berücksichtigen, daß die wichtigsten Rohmaterialien zum größten Teil von der böhmischen Industrie bezogen werden, und zwar:

Table with 2 columns: Quantity, Material. Rows for Kohle, Kalkstein, Soda, Sulfat, Potasche, Mineralium, Verpackungsmaterial.

und in der allerletzten Zeit auch ein großer Teil des Sandbedarfes (10.000 Waggons), dieses wichtigen Rohstoffes, den man noch vor wenigen Jahren fast ausschließlich aus Deutschland beziehen mußte.

Die in der tschechoslowakischen Glasindustrie beschäftigten Arbeiter übersteigen die Zahl von 20.000, dazu kommen noch an Hausarbeitern 60.000 bis 70.000.

An Produktionsstätten sind vorhanden:

Table with 2 columns: Industry type, Count. Rows for Tafelglasindustrie, Gutz- und Spiegelglasindustrie, Flaschenindustrie, Hohlglasindustrie, etc.

Das vorstehende Ziffernmateriale ist so gigantisch und spricht eine so beredte Sprache, daß es überflüssig erscheint, weitere Worte über die Bedeutung unserer heimischen Glasindustrie zu verlieren.

Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung in Oesterreich. Im österreichischen Nationalrat ist soeben eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz eingebracht worden.

Genossen! Ihr müsst un- ausgeheft für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Seht euch überall für unsere Parteipresse ein.

Kunst und Wissen.

Michael Bohnen, der mit Recht gefeierte deutsche Meisterfänger, hat als erste Rolle bei seinem diesmaligen Prager Gastspiele den Geiratsvermittler Kecal in Smetanas „Verkaufter Braut“ gesungen.

und Herr Macha als Hans hervorragenden Anteil.

Dienstag Schauspielpremiere „Der 13. Stuhl“. Als nächste Schauspielnovität gelangt im Neuen Theater Dienstag das dreistellige Schauspiel „Der 13. Stuhl“.

Tilly de Garmo, die nach dreijähriger erfolgreicher künstlerischer Wirksamkeit in Prag an die Berliner Staatsoper engagiert wurde.

Die Festspiele der Internationalen Gesellschaft für neue Musik wurden Freitag abends in der Turnhalle, in Zürich eröffnet.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute 5 1/2 Uhr „Die Meisterfänger von Nürnberg“, Montag 7 1/2 Uhr „Die Geisha“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute 7 1/2 Uhr „Glaze und Pabilopf“, Montag „Charleys Tante“.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

„Lang lebe der König“ mit Jodie Coogan. Dazu: „Das Turnfest der deutschen Jugendspiele“.

Jugendveranstaltung. Zweite und dritte Wiederholung mit obigem erfolgreichen Programm: Mittwoch, den 23. und noch Donnerstag, den 24., halb 4 Uhr.

„Uran-Urania-Kino“.

„Tragedie“ im Uran-Urania-Kino mit Henni Porten. Diese geniale Frau übertrifft sich selbst in diesem Film.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

E. J., Prag. Mittwoch, 23. Juni, um 8 Uhr abends, Monatsversammlung mit Vortrag des Genossen Dr. Emil Strauß über „Johann Dus, der Revolutionär“.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehne. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Die Weltausstellung von Wembley ist bekanntlich unter den Hammer gekommen. Für das etwa 200 Morgen große Gelände der Ausstellung mit nahezu allen Gebäuden und dem großen Stadion wurde als Höchstsumme von der Firma Knight, Frank und Rutley 315.000 Pfund geboten.

Ein Niesenangebot in Menschenhaut hat in Bristol ein Krankenhausarzt erhalten, der für einen bei einem schweren Unfall mit dem Motorrad entsehrlich verbrannten Beamten namens Britton durch eine Zeitungsanzeige Freiwillige zur Uebertragung von Haut auf den Körper des Schwerverletzten aufgefördert hatte.

Frauenarbeit in japanischen Bergwerken. Der japanische Delegierte M. Kurofaki bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf gab interessante Zahlen über den Umfang der Frauenarbeit in den japanischen Bergwerken.

Nur die Qualität entscheidet!

Rechenmaschine BRUNSVIGA seit 30 Jahren erprobt! 7 verschiedene Modelle. Fordern Sie Prospekt R. L. & G. Halphen, Prag, Mikuláská tř. 22/a. Telephon 2342.

Turnen und Sport.

Slavia - Viktoria Nikol 2:2 (1:2). Da gestrige Unentschieden sicherte der Slavia den Titel des Fußballmeisters, da sie vor der Sparta über das bessere Torverhältnis verfügt.

Heutiger Sport. Der D. F. C. spielt Sonntag um 1/2 6 Uhr nachmittags gegen A. F. K. Vrsovice auf dem Slaviaplaz.

KAUFET NUR HELA SUPERWURST SIE IST DIE BESTE

Wettbewerbsausreibung.

Die Bezirksverwaltungs-Kommission Auffig vergibt im öffentlichen Offertwege für die Pflasterung eines Teiles der Bezirksstraße im Stadtgebiete Türmig:

- a) Die Lieferung von ca. 2370,00 m³ Granitreibsteinen, hergestellt mit Maschinen- oder Handbetrieb und
b) die Arbeiten, einschließlich der Sandlieferung für die Reibsteinpflasterung (ca. 2370,00 m³).

Die Vergabe erfolgt nach dem Erlaß des Landesverwaltungs-Ausschusses Prag unter Zahl 21.703/711 ai 1923 herausgegebenen „Allgemeinen Bedingungen für die vom Lande subventionierten Straßen- und Brückenbauern“ und den von der Bezirksverwaltungs-Kommission verfaßten „Speziellen Bedingungen“, welche in der Bezirkskanzlei während den Amtsstunden zur Einsicht und zum Bezuge auf-liegen.

Die ordnungsgemäß verfaßten, verschlossenen und mit der älteren Bezeichnung „Pflasterung Türmig“ versehenen Offerte sind - nur auf den amtlichen Druckorten - bis 30. Juni 1926 an die Kanzlei der Bezirksverwaltungs-Kommission in Auffig einzu-bringen.

Das Badium beträgt 5 Prozent des Offert-betrages. Alle vorangeführten Druckorten sind in der Bezirkskanzlei gegen Ertrag der Postkosten erhältlich.

Bezirksverwaltungs-Kommission Auffig am 12. Juni 1926. Der Vorsitzende: Rudolf Müller.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

Kleine Chronik.

Das große Format.

Eine Fabel von Albert Reimide.

„Ich bin der größte und wichtigste Vogel weit und breit“, schnatterte die Gans und wuschelte in der Morgenluce spazieren.

„Doch ich nicht lache“, rief der Star, „seit wann bist du denn wichtig, du dumme Gans?“

„Ich bin von großem Format“, sagte die Gans beleidigt, „lege große Eier und habe auch einen großen Schnabel.“

„Ja, einen großen Schnabel hast du allerdings“, bestätigte der Star, „aber was du schnatterst, ist ohne Sinn und Verstand.“

„Auf den Bestand kommt es heutzutage gar nicht an“, erwiderte die Gans, „nur auf den großen Schnabel. Wer ihn am meisten aufreißt, steht überall obenan. Ich sage dir ja, das große Format ist Trumpf.“

„Dumme Gans“, schrie der Star, „groß sein tut es nicht allein. Ich bin nur ein kleiner Vogel und habe keinen großen Schnabel. Mein Lied aber entzückt jedermann. Das ist eben eine Kunst!“

„Kunst, habaha“, lachte die Gans, „wer gibt heute noch etwas auf Kunst? Die Kunst geht betteln, lieber Freund. Meine großen Eier sind begehrt. Wir leben in einer großen Zeit!“

„Einbildung ist auch eine Bildung“, entgegnete der Star. „Gegen deine Dummheit ist nicht aufzukommen.“

„Meine Dummheit“, schrie die Gans empört, „fällt bei dem heutigen geistigen Tiefstand gar nicht

mehr auf. Ich bin, wie gesagt, beliebt wegen meines großen Formats.“

„Ja, das bist du in der Tat“, rief der Fuchs, der sich leise herangeschlichen hatte.

Er fraß sie mit Behagen auf. Den großen Schnabel ließ er liegen.

Eine lustige Pressegeschichte

erzählt Dr. Paulsen in der „Frankf. Zig.“:

Der tüchtige Reporter.

Ein amerikanisches Blatt schrieb: Wir haben gestern einen neuen Reporter angestellt. Er ging auf Rederden aus, blieb den ganzen Tag fort und kehrte mit folgendem zurück, dem Besten, was er gefunden habe:

„Gestern hatten wir einen Anblick, der uns das Blut in den Adern gefrieren ließ. Eine Droschke, die in sehr raschem Tempo die Colledge Street hinabgefahren kam, hätte fast ein Kinder-mädchen mit zwei Kindern überfahren. Es hätte eine herzerweichende Katastrophe gegeben, wenn das Kinder-mädchen nicht in wunderbarer Voraus-sicht die Kinder zu Hause gelassen hätte und selbst zufällig in einen Drogenladen getreten wäre, als die Droschke vorbei kam. Dann wandte auch der Kaufser, gerade bevor er an die Kreuzung kam, den Wagen um, weil er etwas vergessen hatte, und fuhr in entgegengesetzter Richtung davon. Wäre nicht dieses wunderbare Zusammentreffen von Zufällen gewesen, so wären ein liebender Vater, eine zärtliche Mutter und treue Brüder und Schwestern in tiefstes Weh und fast unerschwing-lige Verdigungs-kosten gestürzt worden.“

Der Reporter wird in unseren Diensten bleiben.